



Stefan Müller (Hrsg.)

Konservativer und gewerk- schaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Neue Forschungen zu Carl F. Goerdeler
und Wilhelm Leuschner

Stefan Müller (Hrsg.)

Konservativer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Neue Forschungen zu
Carl F. Goerdeler und Wilhelm Leuschner

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 20

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke und Stefan Müller

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

public.history@fes.de

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Die Texte dieser Publikation unterliegen der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0. Unter Nennung des Urhebervermerks dürfen diese für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden.

Weiterführende Hinweise zu dieser CC-Lizenz und dem ihr zugrunde liegenden Standardlizenzvertrag finden sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/?lang=de>

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de>

Redaktion:

PD Dr. Stefan Müller

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweise (Umschlag):

Vorderseite: W. Leuschner vor dem Volksgerichtshof 1944 (Rechte: FES/Quelle:

AdsD, 6/FOTA007397); C. F. Goerdeler vor dem Volksgerichtshof 1944 (Rechte:

FES/Quelle: AdsD, 6/FOTAF0052930). Rückseite: C. F. Goerdeler, 1925 (Rechte:

Fam. Goerdeler u. CAG-Stiftung/Quelle: Wikimedia CC BY-SA 3.0, Wikimedia);

W. Leuschner, etwa 1940 (Rechte: Wilhelm-Leuschner-Stiftung/Quelle: AdsD, 6/

FOTA007398)

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2023

ISBN 978-3-98628-298-1

ISSN 1431-6080

Inhaltsverzeichnis

Rainer Goerdeler

Vorwort 5

Stefan Müller

Einleitung 7

Linda von Keyserlingk-Rehbein

Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner als zentrale Akteure
im Netzwerk vom 20. Juli 1944 11

Stefan Heinz

Aktuelle Forschungen über den gewerkschaftlichen Widerstand
gegen den NS-Staat – Verbindungen von sozialdemokratischen
Gewerkschaftern und Konservativen..... 27

Wolfgang Hasibether

Wilhelm Leuschner im Widerstand von 1933 bis 1944 –
Brückenbauer zum konservativen Widerstand gegen das
NS-Regime 43

Ekkehard Klaus

Der Platz der Gewerkschaften in Carl Friedrich Goerdelers
politischer Welt 57

Rainer Goerdeler

Vorwort

Vor einigen Jahren diskutierten wir – Stefan Heinz von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie Frieder Meyer-Krahmer und meine Person von der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung –, warum über die Zusammenarbeit unterschiedlicher Widerstandskreise gegen den Nationalsozialismus, simplifiziert »rechts« oder »links« verortet, so wenig bekannt ist. Umso mehr freuten wir uns, dass diese Frage auch im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Gehör fand und wir im November 2021 in Berlin zusammenkamen, um darüber anhand der beiden Persönlichkeiten Carl Friedrich Goerdeler und Wilhelm Leuschner zu sprechen.

Aus Sicht der Nachfahren Carl Friedrich Goerdelers und unserer Stiftung zählte Wilhelm Leuschner nicht nur zu den politischen Bündnispartnern der Familie Goerdeler, sondern auch zu den letzten persönlichen und freundschaftlichen Kontakten in Freiheit. Seinen 60. Geburtstag feierte der seit dem 17. Juli 1944 steckbrieflich gesuchte Goerdeler am 31. Juli in einem Berliner Versteck. Zu den wenigen Gästen zählte Leuschner, was das gegenseitige Vertrauensverhältnis beider zueinander bestens beleuchtet.

Leuschners mutiges Engagement für die Weimarer Republik wie seine Tätigkeit im »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« ist bekannt, und dass er zum Widerständler wurde, ist vielleicht nicht erstaunlich. Es gehörte Mut dazu, ohne Zweifel, aber die politische Disposition dafür wurde lange vor 1933 gelegt. Bei Carl Friedrich Goerdeler schienen die Dinge anders zu liegen und sein Engagement im Widerstand überraschte die Zeitgenossinnen und -genossen. So berichtete der spätere Leiter des Leo Baeck Institute in New York, Fred Grübel, über eine gemeinsame Eisenbahnfahrt mit Goerdeler im Sommer 1932: »[...] zum großen Erstaunen [...] setzte Dr. Goerdeler klar auseinander, daß Deutschland nur gerettet werden könnte, wenn die Reichsregierung die NSDAP auflöst und verbietet und Hitler und seine gesamte entourage hinter Schloß und Riegel bringt. Wir waren erstaunt,

eine solch radikale Meinung von dem politisch rechts stehenden OB zu hören und dazu noch in publico«. ¹

Auch wenn Carl Friedrich Goerdeler nicht aufseiten der politischen Linken stand, so verfügte er doch über Erfahrungen mit den sozialistischen Gewerkschaften – und er wollte und konnte mit ihnen kooperieren. Auf der Historikertagung 1984 sagte der Bonner Professor Michael Schneider zu Goerdelers Vorstellungen:

»Konkrete Gewerkschaftspläne entwickelte im Grunde nur Goerdeler. Er hatte – im Unterschied etwa zu den meisten Angehörigen des Kreisauer Kreises – in den 1920er-Jahren Erfahrungen im Umgang mit Gewerkschaftern gesammelt; als stellvertr. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände hatte er eine konservative, indessen nicht scharfmacherische Arbeitgeberpolitik verfolgt und dabei Verantwortungsbewußtsein und Verlässlichkeit seiner gewerkschaftlichen Verhandlungspartner schätzen gelernt Weil die Einschaltung der Arbeiter in das Staatsleben eine unabwiesbare Folge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung« sei, gehe es um die Wiederherstellung der Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen oder seiner Berufsverbände. ... So sollten die Arbeitslosenversicherung und die gesamte Sozialversicherung der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung übergeben werden.«²

Ich danke im Namen der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung den Referentinnen und Referenten unserer Tagung für ihre Beiträge in dieser Publikation und der Friedrich-Ebert-Stiftung für die fruchtbare Zusammenarbeit.

Dr. Rainer Goerdeler

Jurist und Betriebswirt. War als Ministerialbeamter in Bonn und im Auswärtigen Dienst tätig. Mitglied im Kuratorium der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung.

1 *Marianne Meyer-Krahmer*, Carl Goerdeler, Mut zum Widerstand. Eine Tochter erinnert sich, Leipzig 2016, S. 105–106.

2 *Jürgen Schmäddeke/Peter Steinbach (Hrsg.)*, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 523.

Stefan Müller

Einleitung

Über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus haben wir mittlerweile gute Kenntnis.¹ Dies gilt für den militärischen Widerstand und den bürgerlich-zivilen Widerstand um den Kreisauer Kreis wie auch für die Netzwerke um den konservativen Politiker Carl Friedrich Goerdeler oder den Gewerkschafter Wilhelm Leuschner, deren Aktivitäten schließlich im gescheiterten Attentat von 20. Juli 1944 mündeten.² Gleiches gilt für die Weiße Rose. Kann die Forschung zum militärischen und bürgerlich-konservativen Widerstand schon auf eine längere Geschichte zurückblicken,³ so hat die Forschung zum gewerkschaftlichen Widerstand erst in den vergangenen rund 20 Jahren an Dynamik gewonnen.⁴ Den Verbindungen zwischen konservativem und gewerkschaftlichem Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Neuere Arbeiten machen jedoch deutlich, dass das Netz der Verbindungen, trotz der unterschiedlichen politischen und sozialen Hintergründe, weitaus größer und intensiver war als angenommen.⁵

1 Für einen Überblick immer noch instruktiv: *Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004.

2 Zu Wilhelm Leuschner vgl. *Axel Ulrich, Wilhelm Leuschner – ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik*, Wiesbaden 2012; *Ludger Fittkau/Marie-Christine Werner, Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944*, Darmstadt 2019. Zu Carl Friedrich Goerdeler vgl. *Peter Hoffmann, Carl Goerdeler. Gegen die Verfolgung der Juden*, Köln/Weimar/Wien 2013.

3 Vgl. für eine der frühesten Schriften: *Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli*. München 1952. Zu Goerdeler vgl. bspw. *Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 4. Auflage. Stuttgart 1984.

4 Vgl. hier u. a. die von Stefan Heinz in seinem Beitrag angeführten Monografien und Sammelbände.

5 *Linda Keyserslingk-Rehbein, Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944*, 2. Aufl., Berlin 2019.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung waren Forschungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus immer ein zentrales Thema der historischen Arbeit. Mit Blick auf Julius Leber beispielsweise gerieten regelmäßig die Verbindungen zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum in den Blick.⁶ Der gewerkschaftliche Widerstand in den 1930er- und 1940er-Jahren ist gleichfalls seit langem im Fokus unserer Arbeit.⁷ Vor diesem Hintergrund haben die Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der Wilhelm-Leuschner-Stiftung und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im November 2021 eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt. Neben einer Analyse der Netzwerke selbst wurden am Beispiel von Carl Friedrich Goerdeler und Wilhelm Leuschner auch die Entstehungsgeschichte, die Motive der Zusammenarbeit, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie die gegenseitige Beeinflussung der Zukunftspläne nach Beseitigung des NS untersucht.

Die vier Beiträge der Tagung liegen dieser Publikation zugrunde. Die ersten beiden Beiträge dieser Publikationen gehen auf Netzwerke des gewerkschaftlichen und konservativen Widerstands ein. Linda von Keyserlingk-Rehbein erschließt mit einer Netzwerkanalyse die Kontakte der führenden zivilen Köpfe des 20. Juli 1944 und arbeitet heraus, dass dieses Netzwerk deutlich größer war, als dies zeitgenössisch von den NS-Verfolgern analysiert und dargestellt wurde. Goerdeler und Leuschner zählten zu zentralen Persönlichkeiten dieses Netzwerks. Stefan Heinz skizziert, ausgehend vom aktuellen Forschungsstand zum gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die Verbindungen zum konservativen Widerstand. Weitere wichtige Personen für die 1941 entstandenen Kontakte waren unter anderem die beiden christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser und Max Habermann.

Die beiden folgenden Beiträge von Ekkehard Klaus und Wolfgang Hasibether verfolgen einen biografischen Zugang. Ekkehard Klaus fragt nach der Rolle der Gewerkschaften in der politischen Ideenwelt Carl Friedrich Goerdelers und kommt

6 Vgl. *Klaus-Peter Schneider (Hrsg.), Gedenkveranstaltung Julius Leber*, Berlin, Gethsemanekirche, 15. November 1991, Bonn 1992; *Andreas Biefang, Julius Leber vor dem »Volksgericht«*. Bild der Demütigung und Pathosformel der Würde, in: *Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung*, Bonn 2012, S. 176–181.

7 *Archiv der Sozialen Demokratie/Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.)*, In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft, 2. durchg. Aufl., Bonn 2022.

dabei zu dem Schluss, dass sich Goerdeler zwar nie mit den sozialdemokratischen Vorstellungen der Freien Gewerkschaften anfreunden konnte, aber zugleich hinreichend Realist und Pragmatiker war, um die Notwendigkeit der Kooperation im Widerstand zu erkennen. Wolfgang Hasibether argumentiert in seinem Beitrag über Wilhelm Leuschner, dass ihm seine Erfahrungen als Politiker in der Weimarer Zeit halfen, die politischen Gräben und Milieugrenzen im Widerstand zu überwinden.

PD Dr. Stefan Müller

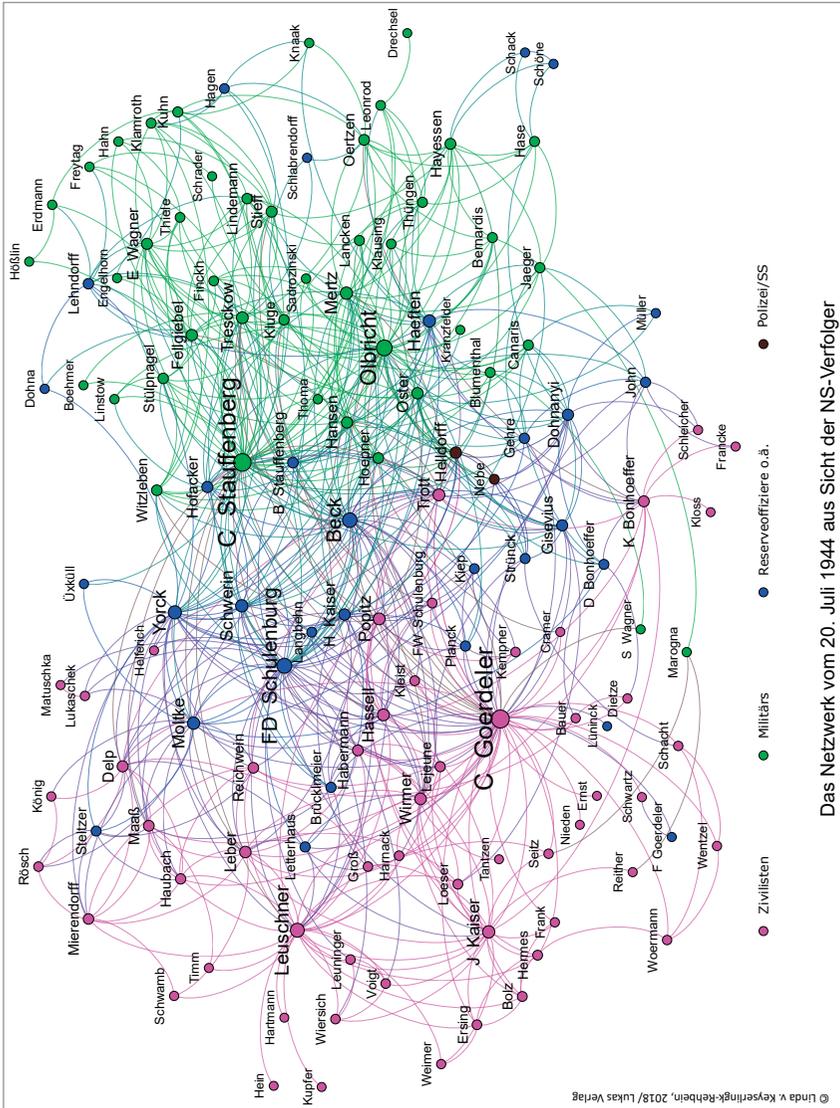
Leiter der Referats Public History in der Friedrich-Ebert-Stiftung und Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen.

Linda von Keyserlingk-Rehbein

Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner als zentrale Akteure im Netzwerk vom 20. Juli 1944

Der 20. Juli 1944 steht nicht selten unter dem Verdacht, hauptsächlich von konservativen militärischen Kreisen mit reaktionären Zielen getragen worden zu sein. Dass dem nicht so war, ist in der Forschung zwar längst bekannt – dennoch hält sich dieses Vorurteil hartnäckig. Um die Vielfalt der Gruppe verdeutlichen zu können und um das Zusammenwirken der unterschiedlichsten Persönlichkeiten zu verstehen, gilt es, den Blick nicht nur auf Personen, sondern auch auf die Beziehungen und Interaktionen der Akteure zu lenken. Im Folgenden stehen daher nicht die Charaktere, Motive und Ziele von Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner im Mittelpunkt der Betrachtung. Vielmehr wird es um strukturelle Fragen gehen, die sich aus der Betrachtung jenes Netzwerkes ergeben, das den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 ermöglichte.

Zunächst bleibt festzustellen, dass nicht mehr rekonstruierbar ist, wie dieses Beziehungsgeflecht tatsächlich aussah. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass es sich dabei um ein geheimes Netzwerk handelte und die Beteiligten aus Sicherheitsgründen in der Regel sehr darum bemüht waren, so wenig wie möglich über ihre Widerstandsaktivität und ihre Kontakte zu Mitverschwörern zu dokumentieren. Es lässt sich hingegen rekonstruieren, was die NS-Verfolger, zu denen neben den ermittelnden Gestapo-Beamten auch die Staatsanwälte und Richter des sogenannten Volksgerichtshofs gehörten, über das Netzwerk herausfanden. Dokumentiert ist dies in umfangreichen Ermittlungsberichten, Urteilen, Prozessberichten sowie in einigen überlieferten Verhörprotokollen und Verfahrensakten. Werden alle Informationen aus diesen Quellen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944 zusammengeführt, analysiert und visualisiert, entsteht eine komplexe Netzwerkgrafik (siehe Grafik 1).



Das Netzwerk vom 20. Juli 1944 aus Sicht der NS-Verfolger

Das Netzwerk vom 20. Juli 1944 aus Sicht der NS-Verfolger¹

1 Die hier gezeigten Netzwerkgrafiken wurden mit der Software Gephi erstellt.

Zu dieser Grafik ließe sich vieles sagen. An dieser Stelle seien vier Aspekte hervorgehoben:

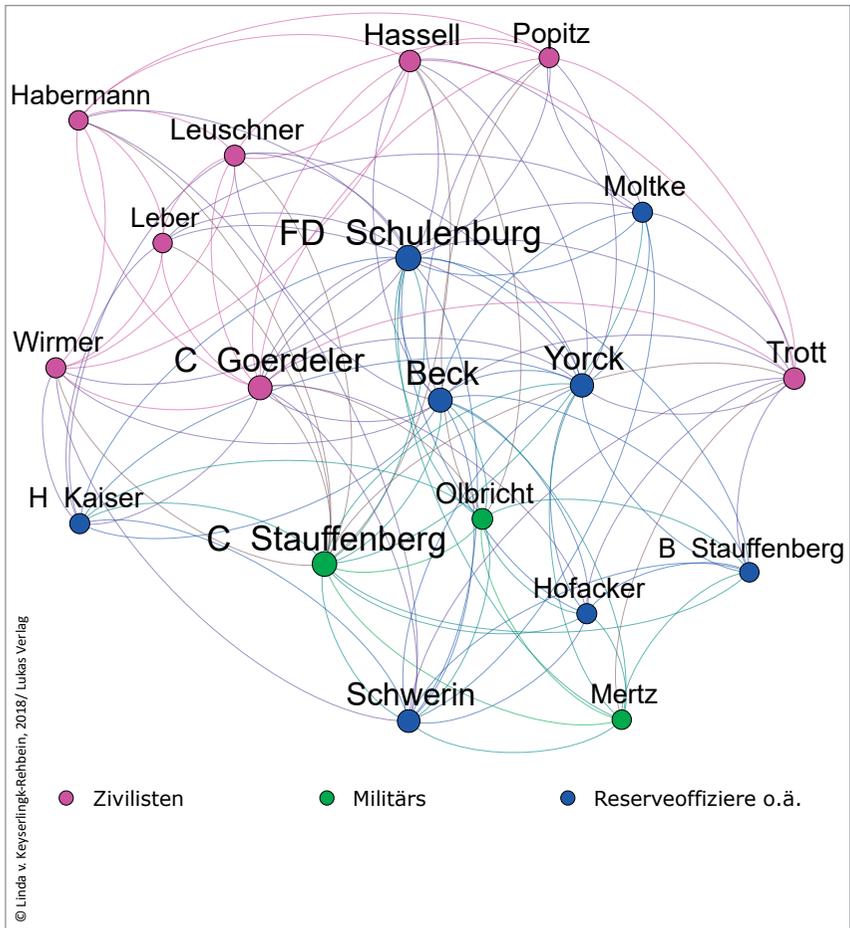
1) Es sind hier ausschließlich Personen zu sehen, die aus Sicht der NS-Verfolger als Beteiligte des Umsturzversuches angesehen wurden: Dies waren 132 Personen, verbunden durch 650 Kontakte.

2) Das NS-Regime wusste schon bald nach dem 20. Juli, dass es sich bei den Beteiligten nicht nur um »eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere« handelte, wie es Hitler in seiner Radioansprache in der Nacht zum 21. Juli formulierte. Den NS-Verfolgern war bald bewusst, dass das politische Spektrum von konservativ über liberal bis sozialdemokratisch reichte und dass zu den Beteiligten neben Angehörigen des Militärs auch zahlreiche Personen aus zivilen Berufsgruppen gehörten, darunter Diplomaten, Verwaltungsbeamte, Juristen, Gewerkschafter, Unternehmer, Gutsbesitzer, Wissenschaftler oder auch Kirchenvertreter. Dennoch hielt das Regime bis zum Kriegsende an der Darstellung einer ganz kleinen, vornehmlich militärischen Clique mit reaktionären Zielen fest.

3) Die Beteiligten und ihre Unterstützer waren ausgesprochen erfolgreich in ihrer konspirativen Kommunikation, denn das umfangreiche und dichte zivil-militärische Beziehungsgeflecht, das über Jahre zum Zweck des Sturzes des NS-Regimes aufgebaut worden war, wurde trotz Überwachung und ständiger Denunziationsgefahr bis Juli 1944 nicht durch die Gestapo aufgedeckt.

4) Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner verfügten nach Wissen der NS-Verfolger über sehr viele Kontakte zu Mitverschwörern. Goerdeler hatte laut NS-Ermittlungen mit 61 die meisten Kontakte im Gesamtnetzwerk, gefolgt von Claus Schenk Graf von Stauffenberg mit 58 Kontakten. Auch für Leuschner konnten die Gestapo-Beamten zahlreiche Kontakte ermitteln (insgesamt 34). Neben Goerdeler und Stauffenberg hatten lediglich Friedrich Olbricht (46), Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (41) und Ludwig Beck (38) mehr Kontakte als Leuschner im Gesamtnetzwerk.

Ebenfalls aufschlussreich ist eine Netzwerkanalyse zu der Frage, was die NS-Verfolger über den strukturellen Kern des Netzwerkes wussten (siehe Grafik 2).



Die untereinander am stärksten vernetzten Akteure im Zentrum des Netzwerks laut NS-Quellen

In dieser Grafik sind 19 Akteure zu sehen, die sich im Zentrum des Netzwerks befanden und die untereinander die höchste Dichte (die meisten Kontakte zueinander) im Gesamtnetzwerk aufwiesen. Jeder hier sichtbare Akteur verfügte über neun oder mehr Kontakte zu den anderen Akteuren dieses Teilnetzwerks. Auffällig ist, dass mit Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, General der Infanterie Friedrich Olbricht und Oberst i. G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim nur drei Berufssoldaten in diesem Kreis vertreten waren (Generaloberst

Ludwig Beck war ab 1938 nicht mehr aktiver Berufssoldat), jedoch acht zivile Vertreter. Die übrigen acht Personen kamen aus dem zivil-militärischen Zwischenbereich. Interessant ist zudem, dass auch die prominenten Vertreter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wie Wilhelm Leuschner, Julius Leber und Max Habermann genauso stark in das Zentrum des Netzwerks eingebunden waren wie die konservativen Persönlichkeiten Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell oder Johannes Popitz. Ebenso war der Kreisauer Kreis mit Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Adam von Trott zu Solz im Zentrum des Netzwerks vertreten.

Auch durch diese Grafik wird somit ein Widerspruch zwischen Wissen und Propaganda des NS-Regimes über die Beteiligten des 20. Juli deutlich: Wider besseres Wissen behaupteten die NS-Verfolger immer wieder, dass im Kern der Verschwörung vor allem Angehörige des Militärs gestanden hätten.

Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner als zentrale Akteure des Netzwerks

In den beiden gezeigten Grafiken wird bereits deutlich, dass Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner zentrale Akteure des Netzwerks vom 20. Juli 1944 waren. Sie hatten zahlreiche Kontakte zu Mitverschwörern (61 bzw. 34) und befanden sich im strukturellen Kern des Netzwerks. Was lässt sich darüber hinaus über ihre Position und Funktion im Netzwerk festhalten?

Carl Goerdeler war besonders stark im zivilen Bereich vernetzt, er verfügte aber auch über wichtige Kontakte zu Militärs (zu 8 Berufssoldaten) (vgl. Grafik 3). Für einige Personen, die in der Grafik als eher isoliert wirkende Knoten am linken unteren Rand zu sehen sind, übernahm er eine Brückenfunktion zum übrigen Netzwerk. Dabei handelte es sich vor allem um Personen, die nach dem Umsturz für bestimmte Ämter vorgesehen waren. In den Quellen wird Goerdeler immer wieder als der Motor der Verschwörung beschrieben, der unermüdlich für den Umsturz warb und sich bemühte, neue Mitverschwörer für das Vorhaben zu gewinnen. Die hohe Anzahl der nachgewiesenen Kontakte lässt sich u. U. auch damit erklären, dass Goerdeler von der Gestapo unzählige Male verhört wurde und sich offenbar auch vergleichsweise auskunftsbereit zeigte. Das heißt jedoch nicht,

Wilhelm Leuschner war besonders stark im zivilen und gewerkschaftlichen Bereich vernetzt. Er verfügte aber auch über mehrere Kontakte zum Kreisauer Kreis sowie zu prominenten konservativen Mitverschwörern (u. a. Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell, Johannes Popitz). Zum Militär verfügte er gemäß dem Wissen der NS-Verfolger nur über wenige, aber wichtige Kontakte. Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg war der einzige aktive Berufssoldat, zu dem Leuschner Kontakt hatte. Darüber hinaus hatte er aber auch direkten Kontakt zu dem seit 1938 im Ruhestand befindlichen Generaloberst Ludwig Beck, dem Kopf des militärischen Widerstandes. Ebenso hatte er Verbindungen zu den Reserveoffizieren Hermann Kaiser, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Eduard Brücklmeier, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Bernhard Letterhaus. Wie Goerdeler verfügte auch Leuschner über Kontakte zu Personen, die nur über ihn in das Netzwerk eingebunden waren. Für diese übernahm Leuschner eine Brückenfunktion.

Sowohl Goerdeler als auch Leuschner beteiligten sich aktiv am Aufbau des Netzwerks. Sie vermittelten neue Kontakte innerhalb des Netzwerkes und warben Kandidaten für den Aufbau eines neuen Rechtsstaats nach dem Umsturz. Goerdeler erreichte mit 16 Kontaktvermittlungen die meisten in NS-Quellen erwähnten Vermittlungen. Für Leuschner sind sechs Vermittlungen angegeben, darunter wichtige Verbindungen wie bspw. der Kontakt zwischen Goerdeler und Julius Leber. Goerdeler hatte nach Kenntnisstand der NS-Verfolger zudem zahlreiche Kandidaten für politische Aufgaben nach dem Umsturz geworben (mindestens 14). Leuschner werden in den NS-Quellen etwa sieben Personen zugeschrieben, dabei handelte es sich hauptsächlich um Kandidaten für den Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaft, aber auch um Kandidaten für Ministerposten und die Ämter der politischen Beauftragten in den Wehrkreisen. Leuschners tatsächliche »Rekrutierungsarbeit« in Gewerkschaftskreisen im ganzen Reichsgebiet wurde jedoch nicht aufgedeckt.

Von Carl Goerdeler geworbene Personen (laut NS-Quellen)

Person	Vorgesehen als
Eugen Bolz	Innenminister (später ersetzt durch Julius Leber, Bolz sollte dann einen anderen Ministerposten erhalten)
Friedrich Ernst	Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
Reinhold Frank	Unterbeauftragter im WK V, Stuttgart
Andreas Hermes	Landwirtschaftsminister
Ewald von Kleist-Schmenzin	Unterbeauftragter im WK II, Stettin
Paul Lejeune-Jung	Wirtschaftsminister
Bernhard Letterhaus	Politischer Beauftragter im WK VI, Münster; ggf. auch als Wiederaufbauminister
Ewald Loeser	Finanzminister
Ferdinand Freiherr von Lüninck	Politischer Beauftragter im WK XX, Danzig
Wilhelm zur Nieden	Leitendes Amt im Verkehrsministerium
Friedrich Werner Graf von der Schulenburg	Zeitweise vorgesehen als Außenminister bzw. als Unterhändler für Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion
Walter Schwartz	Oberbürgermeister von Königsberg
Josef Wirmer	Justizminister, ggf. Staatssekretär der Reichskanzlei
Emil Woermann	Staatssekretär im Ernährungsministerium

Von Wilhelm Leuschner geworbene Personen (laut NS-Quellen)

Person	Vorgesehen als
Fritz Hartmann	Bezirkssekretär der Deutschen Gewerkschaft für Thüringen
Julius Leber	Innenminister oder Reichskanzler
Hermann Maaß	Ggf. Abteilungsleiter Jugend der Deutschen Gewerkschaft
Ludwig Schwamb	Politischer Beauftragter im Wehrkreis XII, Wiesbaden
Richard Timm	Leiter Industriegruppe Holz und vorübergehend als Bezirkssekretär Berlin der Deutschen Gewerkschaft
Jakob Weimer	Bezirkssekretär der Deutschen Gewerkschaft für Württemberg
Oswald Wiersich	Ggf. Bezirkssekretär der Deutschen Gewerkschaft für Schlesien

Kommentierung des Wissens der NS-Verfolger

Zu einer Analyse des Wissens der NS-Verfolger über das Netzwerk vom 20. Juli 1944 gehört neben der kritischen Bewertung der Quellen auch eine kritische Kommentierung der Ergebnisse. Denn es wird u. a. deutlich, dass das Wissen des NS-Regimes zu diesem Beziehungsgeflecht zwar umfangreich, jedoch keineswegs vollständig war. Zudem war die zusammenfassende Berichterstattung beeinflusst von Eigeninteressen des NS-Regimes. Im Folgenden soll dies exemplarisch anhand von zwei Beispielen, den Darstellungen zu Wilhelm Leuschners Umsturzplänen sowie den übersehenen Kontakten von Carl Goerdeler, verdeutlicht werden.

Was wussten die Verfolger über die Verbindung zwischen Goerdeler und Leuschner? Im Ermittlungsbericht vom 12. August 1944 ist zu lesen: »Die Verbindung zwischen Goerdeler und Leuschner ist offenbar durch Kaiser zustande gekommen (etwa 1941).«² Aus dem Zusammenhang des Textes kann vermutet werden, dass es sich bei »Kaiser« um Jakob Kaiser handelte (nicht um Hermann Kaiser, der auch mit beiden in Verbindung stand). Erst später ist den Ermittlern klar geworden, dass sich Goerdeler und Leuschner schon viel früher kennengelernt hatten, nämlich in der Zeit vor 1933 (genannt wird der Rahmen des Deutschen Städtetages). Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass die Verhörten stets darum bemüht waren, so wenig Informationen wie möglich preiszugeben. Wussten die Verfolger nicht, dass ein Kontakt schon sehr lange bestand, konnten ggf. Mitverschwörer geschützt werden, mit denen die Beteiligten schon in einer früheren Phase zusammen tätig gewesen waren.

Zu Wilhelm Leuschners frühen Umsturzplänen

In der Anklageschrift vom 3. September 1944 wurde Leuschner schließlich vorgeworfen, zwar bereits seit etwa 1938/39 zusammen mit weiteren Gewerkschaftlern Pläne für eine »Deutsche Gewerkschaft« ausgearbeitet zu haben.³ Zur Betei-

2 Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, Stuttgart 1984, S. 205.

3 Vgl. Anklageschrift vom 3.9.1944 gegen Carl Goerdeler, Wilhelm Leuschner u. a., in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Widerstand als »Hochverrat«. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition, München 1998, Fiche: f.

ligung an Umsturzvorbereitungen sei es jedoch erst durch Goerdeler gekommen. Leuschner wurde vorgehalten, Goerdeler ab 1941 wiedergetroffen zu haben, als sich dieser bei ihm über die Haltung der Arbeiterschaft habe informieren wollen. Leuschner habe sich auf Nachfrage Goerdelers grundsätzlich bereit erklärt, »im Falle von politischen Schwierigkeiten [...] in irgendeiner Form an einer neuen Regierung mitzuarbeiten«. Ab Herbst 1943 seien ihm dann von Goerdeler Einzelheiten über den geplanten Umsturz bekannt gegeben worden, und er habe sich für ein Amt in der neuen Regierung bereitgestellt.

Dass sich Leuschner erst ab Herbst 1943 mit der Umsturzplanung befasste und dies erst auf Initiative Goerdelers, entspricht nicht der Wahrheit. Diese Darstellung mag jedoch für weitere beteiligte Mitverschwörer durchaus eine Schutzfunktion gehabt haben, deren Namen auf diese Weise unentdeckt bleiben konnten. In der Forschung ist schon länger bekannt, dass Wilhelm Leuschner über gezielte Vermittlungen bereits seit 1938/39 in ständiger Verbindung zu militärischen Kreisen, insbesondere zu Hans Oster stand, dem zentralen Organisator von frühen Umsturzplänen im Amt Ausland/Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris.

Überraschend ist an der in Anklage und Urteil gegen Leuschner dargestellten Version einer sich eher passiv verhaltenden Person auch, dass hier nicht das Wissen aus früheren Gestapo-Ermittlungen gegen Leuschner eingeflossen ist. Aus einer Akte des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes über Richard Woldt, einem gewerkschaftsnahen sozialdemokratischen Politiker und Hochschullehrer, geht hervor, dass Leuschner und andere Gewerkschafter nach Einschätzung der Gestapo schon 1937 an Umsturzüberlegungen beteiligt waren. In den Prozessunterlagen zum 20. Juli taucht dies jedoch nicht mehr auf. Die erwähnte Akte trägt den Titel: »Bürgerl. Widerstandsbewegung. Kreis um Prof. Richard Woldt u. Wilhelm Leuschner«. ⁴

Interessanterweise sind hier auch rudimentäre Netzwerkskizzen von den Ermittlern angefertigt worden, aus denen deutlich wird, welche Querverbindungen zwischen einzelnen Widerstandsgruppen aus Ermittlersicht bestanden. Diese Grafiken visualisieren zum einen die persönlichen Kontakte von Richard Woldt zu

⁴ Die Akte »Bürgerl. Widerstandsbewegung. Kreis um Prof. Richard Woldt u. Wilhelm Leuschner« aus der im Folgenden mehrfach zitiert wird, liegt im Bundesarchiv Lichterfelde unter der Signatur: BArch R 58/2326.

bestimmten Personen und seine Kontaktreichweite in unterschiedliche deutsche und ausländische Städte bzw. Organisationsbereiche wie »Berliner SPD« oder »Bendlerstrasse«. Zum anderen werden die Verbindungen Wilhelm Leuschners zu Jakob Kaiser, zur Internationalen Gewerkschaft, zum »Stahlhelm im Reich« u. a. dargestellt.⁵

Die Akte enthält auch zahlreiche Observationsberichte, interne Vermerke über Telefonüberwachung, Vernehmungprotokolle o. Ä. Bezeichnenderweise werden in dieser Akte auch mehrere Personen genannt, die später zu den Schlüsselfiguren des 20. Juli 1944 zählten, wie Carl Goerdeler und Ludwig Beck, Carlo Mierendorff, Bernhard Letterhaus, Jakob Kaiser und andere. In einem Bericht vom 25. Mai 1938 heißt es bspw.: »Nach Meldungen aus gut informierter Seite steht Leuschner in dem dringenden Verdacht, innerhalb der illegalen Gewerkschaftsbewegung eine staatsfeindliche Tätigkeit auszuüben und soll Vorsitzender eines ›Siebener Ausschusses‹ sein.« Über diesen *Siebener Ausschuss* heißt es anschließend, dass er die Spitze einer Organisation sein solle, »die es sich zur Aufgabe gestellt hat, unter Zusammenfassung möglichst weiter oppositioneller Kreise auf den Sturz des NS.-Systems hinzuwirken.«

Aus diesen frühen Verfolgungsakten wird somit deutlich, wie viel die Gestapo bereits vor Kriegsbeginn über die Überlegungen und Tätigkeiten Leuschners in Hinblick auf eine neue, nicht nationalsozialistische gewerkschaftliche Organisation einerseits und einen möglichen Regimesturz andererseits wusste. Sie nahm es zu dieser Zeit jedoch offenbar nicht richtig ernst. Woldt wurde von dem zuständigen Kriminalkommissar beispielsweise als »Phantaster« eingeschätzt und wieder aus der Haft entlassen, und auch Leuschner sah sich keiner ernsthaften weiteren Verfolgung ausgesetzt.

Dass sich dieses Wissen nicht in den Ermittlungs- und Prozessunterlagen nach dem 20. Juli 1944 widerspiegelt, muss überraschen. Wäre es denkbar, dass die NS-Verfolger in der Eile der Prozessvorbereitung nicht immer alte Untersuchungsakten hinzuzogen und im Zweifelsfall dazu neigten, den ausführlichen Darstellungen von Carl Goerdeler zu folgen, der für die NS-Verfolger als eine Art Kronzeuge des Umsturzversuchs fungierte? Ein anderer Erklärungsansatz wäre, dass

5 Ebd., fol. 10 und fol. 59.

diese frühen Ermittlungsergebnisse aus den 1930er-Jahren in den Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof bewusst unterschlagen wurden, um die Gestapo nicht unter Umständen in Erklärungsnot zu bringen, warum sie nicht früher und nicht entschiedener gegen die ihnen bereits bekannten Regimekritiker vorgegangen war.

Zu den übersehenen Kontakten von Carl Goerdeler

Nach Auswertung der Gestapo-Ermittlungen gab es im Gesamtnetzwerk des 20. Juli 1944 lediglich sieben Akteure, die über 25 Kontakte zu anderen Personen unterhielten, die als Beteiligte galten. Für Goerdeler wurden mit 61 eindeutig die meisten Kontakte nachgewiesen. Dies hat auch damit zu tun, dass in den Ermittlungsberichten zwischen Juli und Oktober 1944 ausgesprochen viel über Goerdeler, sein Wirken und Werben im Widerstand festgehalten wurde. Über viele Kontakte zu Mitverschwörern sprach Goerdeler offen, konnte er doch die meisten davon auch kaum leugnen, da diese Namen auf den bei ihm gefundenen und von ihm miterstellten Listen für die neue Regierung standen.

Festzuhalten bleibt jedoch auch, dass er trotz zahlreicher und intensiver Verhöre wichtige Kontakte verschweigen konnte, bspw. jene zu Hans Oster, Fabian von Schlabrendorff, Carl-Heinrich von Stülpnagel, Erwin von Witzleben sowie zu Hans Lukaschek. Bis auf Stülpnagel und Witzleben waren dies alles Personen, die zum Zeitpunkt der Verhöre weder verurteilt noch hingerichtet worden waren, sodass Goerdeler möglicherweise noch die Hoffnung hatte, dass sie überleben könnten, sofern sie nicht weiter belastet würden. Auffällig ist zudem, dass so gut wie alle genannten Personen entscheidende Verbindungsleute zu anderen Widerstandskreisen waren: Amt Ausland/Abwehr, Heeresgruppe Mitte, Paris und Kreisauer Kreis. Da Goerdeler vermutlich bewusst diese Kontakte verschwieg, ist anzunehmen, dass er damit weitere Mitverschwörer dieser Gruppen bewusst zu schützen suchte.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Netzwerk des 20. Juli 1944 war deutlich größer, als das NS-Regime zugeben wollte. Nach dem Wissen der NS-Ermittler umfasste es 132 aktiv beteiligte Personen, die aus verschiedensten Gesellschaftsbereichen kamen und die untereinander teilweise sehr dicht vernetzt waren. Im

strukturellen Kern des Netzwerks waren auch zahlreiche Akteure aus dem zivilen Widerstand aktiv, unter ihnen Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner.

Goerdeler hatte gemäß NS-Ermittlungen mit 61 die meisten Kontakte zu Mitverschwörern. Doch auch für Leuschner wurden mit 34 Kontakten sehr viele Verbindungen zu Mitverschwörern ermittelt. Sie waren damit sehr zentrale Akteure im Netzwerk und taten sich darüber hinaus auch als Vermittler und Werber weiterer Mitverschwörer hervor.

Die Netzwerkanalyse zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 verdeutlicht in spezifischer Weise die Notwendigkeit, die Angaben in den NS-Quellen zum Netzwerk des 20. Juli 1944 quellenkritisch zu betrachten und diese nicht unkommentiert zu verwenden. Die Darstellungen in den Ermittlungsberichten und Prozessunterlagen entsprechen nicht immer der tatsächlichen Beteiligung der Angeklagten an den Umsturzvorbereitungen. Die Aussagen der Verhörten lassen häufig den Versuch erkennen, durch das Verschweigen von Kontakten, ungenaue Zeitangaben o. Ä. andere Mitverschwörer zu schützen. Teilweise ließen die NS-Organen bei der Auswertung der Ermittlungsergebnisse – möglicherweise aus Eigeninteresse – auch vorhandene Informationen unberücksichtigt.

Weiterführende Literatur

Düring, Marten/Eumann, Ulrich/Stark, Martin/von Keyserlingk, Linda, Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen, (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen zur Methodenforschung, Bd.1), Münster u. a. 2016.

Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, Stuttgart 1984.

Keyserlingk-Rehbein, Linda von, Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944, (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A: Analysen und Darstellungen, 12), 2. Aufl., Berlin 2019.

Ramm, Arnim, Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, (Schriften zur Rechtswissenschaft, Bd. 80), Berlin 2007.

Tuchel, Johannes: Die Verfahren vor dem »Volksgerichtshof« nach dem 20. Juli 1944, in: *Manuel Becker/Christoph Studt* (Hg.), *Der Umgang des Dritten Reiches mit den Feinden des Regimes*, Münster 2010, S. 131–146.

Tuchel, Johannes, Zur Verfolgung von Gewerkschaftern nach dem 20. Juli 1944. Die Gestapoermittlungen und der Schauprozess gegen Wilhelm Leuschner vor dem nationalsozialistischen »Volksgerichtshof«, in: *Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke* (Hg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert*, (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 84), Bonn 2009, S. 329–360.

Ulrich, Axel, *Wilhelm Leuschner – ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik*, Wiesbaden 2012.

Zarusky, Jürgen (Hg.), *Widerstand als »Hochverrat«*. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition, München 1998.

Dr. phil. Linda von Keyserlingk-Rehbein

Promovierte in Potsdam mit einer Arbeit zum Netzwerk des 20. Juli 1944. Sie ist Kuratorin am Militärgeschichtlichen Museum in Dresden und Leiterin der dortigen Dokumentensammlung. Sie verantwortete Sonderausstellungen zum 20. Juli 1944 und publiziert seit vielen Jahren zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Stefan Heinz

Aktuelle Forschungen über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den NS-Staat – Verbindungen von sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Konservativen

Seit einigen Jahren ist erfreulicherweise wieder ein stärkeres Interesse an Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte zu beobachten. Ein wenig präzenter scheint außerdem zu sein, dass aus den Gewerkschaften die frühesten Gegnerinnen und Gegner des Nationalsozialismus kamen. Bereits in der Weimarer Republik traten sie gegen die NS-Bewegung auf. Sie gehörten auch zu den Ersten, die erkannten, worauf der Nationalsozialismus hinauslief. Zwischen 1933 und 1945 wurden tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter inhaftiert. Nicht wenige verloren ihr Leben. Doch nach wie vor sind zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Widerstand leisteten und/oder verfolgt wurden, vergessen.

Inzwischen hat sich in weiten Teilen der Geschichtswissenschaft die Sichtweise durchgesetzt, dass der Beitrag zum Widerstand von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Erinnerung lange unterschätzt wurde. Dass sich dieser erinnerungsgeschichtlich veränderte Blick etabliert hat, ist nicht zuletzt Siegfried Mielke zu verdanken. Mielke ist Seniorprofessor an der FU Berlin. Er war es, der in den vergangenen Jahrzehnten Projekte zum Widerstand und zur Emigration von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern durchgeführt oder entsprechende Projekte bei Nachwuchswissenschaftlern angeregt hat. Erst dadurch geriet die Bandbreite des gewerkschaftlichen Widerstandes in den Fokus – nicht zuletzt im Kontext des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944.

Denn gerade im Zusammenhang mit dem Gedenken an den 20. Juli 1944 forcierten über lange Zeit sowohl Nachfahren der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer als auch die Bundesregierung die Fokussierung auf den militärischen beziehungsweise konservativen Widerstand. Sie schrieben damit selbst

Geschichte und ließen die Vielfalt des Widerstandes außer Acht – teils geschah dies sehr bewusst, teils weniger bewusst. Allerdings hat sich mittlerweile beim größeren Teil der nachkommenden Generation der Blick insofern positiv verschoben, als dieser gerade am Jahrestag des 20. Juli 1944 den Widerstand in all seinen Facetten gewürdigt sehen will. Schließlich wird das Gedenken nur auf diese Weise den Widerständlern des 20. Juli 1944 in seiner Gesamtheit gerecht. Dies ist wichtig, da in der erinnerungspolitischen Öffentlichkeit noch immer nur zum Teil präsent ist, dass viele Personen außerhalb der Wehrmacht in die Attentatspläne gegen Hitler involviert waren, dass es Pläne für eine Nachkriegsordnung mit zivilen Verwaltungsstrukturen gab und dass Verbindungen zu Sozialdemokraten und sogar zu Kommunisten bestanden. Es gilt heute einmal mehr darauf hinzuweisen, dass es die »zivil-militärischen« Verbindungen waren, die den Umsturzversuch für das NS-Regime besonders bedrohlich gemacht hatten.

Erfreulich ist die Tatsache, dass bei der letzten Gedenkfeier der Bundesregierung am 20. Juli 2021 in der Gedenkstätte Plötzensee der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil die Ansprache hielt. Schließlich nannte er in der Gedenkrede Gründe, warum der Gewerkschaftswiderstand in der deutschen Erinnerungskultur lange Zeit unzureichend beachtet wurde. Zugleich würdigten die Redner der Stiftung 20. Juli 1944, Prof. Dr. Robert von Steinau-Steinrück und Dr. Axel Smend, die ansonsten eher selten beachteten Verbindungen des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes zum Kreis um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Der 20. Juli 1944 war eben viel mehr als ein lediglich von adeligen Militärs der Wehrmacht verübter Aufstandsversuch, der scheiterte.

Inzwischen gilt der 20. Juli 1944 sowohl in der staatsoffiziellen als auch der öffentlichen bundesdeutschen Erinnerungskultur als Symbol des Widerstandes in seiner gesamten Breite. Dagegen versuchen Vertreter der intellektuellen »Neuen Rechten« diesen Tag in der Gegenwart anders zu deuten. Sie versuchen, den 20. Juli 1944 geschichtspolitisch zu instrumentalisieren, indem sie das Ereignis zu einer »Erhebung« einzelner Angehöriger des Militärs umdeuten. Eine Tat von angeblich nicht anerkannten »Helden unter Verdacht«, wie am 16. Juli 2021 auf der Titelseite der »Jungen Freiheit«, dem Sprachrohr der »Neuen Rechten«, zu lesen war. Eine Tat, die nach Ansicht des neurechten Historikers Karlheinz Weißmann nur aus dem militärischen Eid heraus entstand. Entsprechend dieser Logik ist es

quasi unmöglich, dass ein Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung stammen konnte. Gemäß dieser Sichtweise dürfte auch der Gewerkschaftswiderstand mit dem 20. Juli 1944 wenig zu tun haben. Denn nur der militärische »Held«, der »Ausnahmemensch«, wie es Weißmann in der »Jungen Freiheit« formuliert, konterkarierte durch seine »Erhebung« die »Gleichheitslüge«. ¹ Den »Helden« des 20. Juli 1944, die die »naturegegebenen Ränge« wieder in Geltung gesetzt hätten, werde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, während sich die deutsche Öffentlichkeit für – nach Weißmanns Ansicht – eher »obskure Gruppen« und die von ihm des »Landesverrats« bezichtigte »Rote Kapelle« interessiere. Anhand dieser Aussagen wird deutlich, welches Problem für Weißmann und die »Neue Rechte« entstanden ist: Beim öffentlichen Gedenken wird heute mehr als je zuvor anerkannt, dass die Gruppe des 20. Juli 1944 wegen ihrer Unterschiede eine vielschichtige Bewegung war. Dabei ist die Zahl derer, die der Gewerkschaftsbewegung angehörten und oft lange vor dem 20. Juli 1944 in Widerstandsgruppierungen aktiv waren, hoch. Mit diesem kleinen Beispiel neurechter Interpretation von Geschichte, die auf die Gegenwart zielt, kann verdeutlicht werden, welche »praktische« Dimension die Rekonstruktion der Netzwerke im Widerstand gegen den NS-Staat hat. Zugleich wird anschaulich, wie die Erinnerung an den Widerstand ein instrumentell besetztes »Kampffeld« der Gegenwart sein kann.

Wenngleich im Hinblick auf Gewerkschaftswiderstand und dessen Anteil am 20. Juli 1944 die Forschung immer »weiter« und differenzierter als die Erinnerungskultur war, wurden auch in der Wissenschaft verschiedenste Gruppierungen und deren Verhaltensweisen lange nicht so detailliert wie nötig erfasst. Dies wurde besonders deutlich, als es um elementare Zusammenhänge zwischen dem Scheitern der verhängnisvollen »Anpassungspolitik« der Freien Gewerkschaften an das NS-Regime im Frühjahr 1933 und Entscheidungen für den Widerstand ging. Aus dem Defizit lückenhafter Forschung ergab und ergibt sich bis heute die Notwendigkeit, nicht nur einzelne Aktionen des Gewerkschaftswiderstandes zu betrachten und nebeneinanderzustellen. Es muss stattdessen darum gehen, den oft widersprüchlichen Weg zum konkreten Widerstandshandeln Einzelner erst einmal zu erkennen. Dies schließt die Analyse illegaler Beziehungsgeflechte ein.

1 *Karlheinz Weißmann*, Sie haben Maßstäbe gesetzt. Der Widerstand der Männer des 20. Juli erfährt noch immer nicht jene Würdigung, die er verdient, in: *Junge Freiheit* v. 16.7.2021, Nr. 29/2021, S. 13.

Es ist die Aufgabe, genau zu klären, wer zu welchem Zeitpunkt in welchem Kontext Widerstand leistete und durch welche spezifischen Momente in der Sozialisation diese Menschen geprägt wurden.

Dabei drängt sich die Betrachtung der Verbindungen zu Bündnispartnern konservativer Strömungen auf – Verbindungen, die anfänglich von Misstrauen geprägt waren. Im Laufe der Zeit führte die Kooperation zur Veränderung von Sichtweisen. Die Folge war – um mit Prof. Dr. Peter Steinbach zu sprechen – eine Vielzahl an »Bemühungen«, die »brennspiegelgleich in der Tat Stauffenbergs zusammenliefen«.² Dabei ist klar, dass dieser »Bündnis-Widerstand« gegen den NS-Staat nicht kontinuierlich auf eine Art »Gipfelpunkt« zusteuerte, sondern »durch Brüche und Rückschläge unterbrochen«³ wurde.

Akteure des gewerkschaftlichen Widerstands gegen das NS-Regime

Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im NS-Staat stehen im Widerspruch zur NS-Propaganda einer real vereinten »Volksgemeinschaft«. Die Nichtzustimmung bedeutete jedoch keineswegs automatisch widerständiges Handeln, das nur eine kleine Minderheit praktizierte. Bei ein und derselben Person kann in verschiedenen Phasen der Diktatur auch unterschiedliches Verhalten beobachtet werden.

Der vielfältige Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime – darin der Widerstand von Vertretern der früheren Richtungsgewerkschaften eingeschlossen – war im Vergleich zum Widerstand aus anderen gesellschaftlichen Gruppen umfangreich. Arbeiter- bzw. Gewerkschaftswiderstand wies Kontinuität auf und hatte die größten Verluste zu beklagen. Vermutlich sind weit mehr als zwei Drittel der Menschen, die sich zwischen 1933 und 1945 im Widerstand gegen den NS-Staat engagierten, dem Arbeiterwiderstand zuzuordnen.

2 Peter Steinbach, Der militärische Widerstand und seine Beziehungen zu den zivilen Gruppierungen des Widerstandes, in: Thomas Vogel (Hrsg.) im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945*, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 49–88, hier S. 51.

3 Ebd., S. 61.

Gewerkschaftlicher Widerstand umfasste verschiedene Bestrebungen, »den persönlichen Zusammenhalt [...] aufrecht zu erhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten«.⁴ Diese Form des Widerstandes schloss auch zahlreiche Versuche ein, »den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten«.⁵ Darüber hinaus gab es Formen des Widerstandes, der in Versuchen bestand, Kontakte zwischen Gruppen im Reichsgebiet und im Exil zu halten und Überlegungen im Hinblick auf eine demokratische Neuordnung nach dem Ende des NS-Regimes anzustellen.

Gerade unter ehemaligen Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV), der ehemals größten Gewerkschaft der Welt, gab es Auflehnung gegen das NS-Regime. Ihnen – wie auch Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern des ehemaligen Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (EdED), des Deutschen Textilarbeiterverbandes (DTAV) oder des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) – ging es zunächst vor allem darum, eine gewerkschaftliche Organisation unter illegalen Bedingungen zu erhalten. Manche Gewerkschaftszirkel konnten ihren Widerstand trotz Repressalien bis zum Ende des NS-Regimes aufrechterhalten. Dabei änderte sich der Charakter der Widerstandsarbeit erheblich. Mehr als in den ersten Jahren des NS-Regimes war ab Ende der 1930er-Jahre die Triebkraft des Engagements auf die Kontaktpflege und auf Überlegungen zur Zeit nach dem erhofften Ende des NS-Regimes gerichtet. Es ging nicht mehr – wie zwischen 1933 und 1935 – darum, größere Strukturen der früheren Verbände in der Illegalität zu erhalten. Ab Beginn des Zweiten Weltkrieges beteiligten sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vielmehr an einem im Umfang kleineren, jedoch teils konspirativ sogar besser gesicherten Widerstand. Andere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bekämpften aus dem Exil das NS-Regime und bildeten dabei teils ungewöhnliche Allianzen. Im Zusammenhang mit dem risikoreichen Engagement für den 20. Juli 1944, in dessen Folge es zu einer massiven Verfolgung kam, sind insbesondere Akteure interessant, die ihre Verbindungen zielgerichtet zu nutzen wussten.

4 *Michael Schneider*, Gewerkschaftlicher Widerstand, in: *Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004, S. 79–89, hier S. 80.

5 Ebd.

Schnittstellen zwischen gewerkschaftlichem und konservativem Widerstand

Konservative und gewerkschaftliche Widerstandsgruppen standen zunächst über Vertraute in Verbindung. Aus dem »Leuschner-Kreis« konnten Kontakte zur nationalkonservativen Opposition und zum militärischen Widerstand aufgebaut werden. Hans Mommsen wies bereits im Jahr 2000 darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 die Vertreter der ehemaligen Gewerkschaften eine »unentbehrliche Integrationsfunktion« zwischen den verschiedenen Gruppierungen »der nationalkonservativen Opposition ausgefüllt haben«.⁶ Auch bei der Durchsicht der Akten der NS-Verfolger zeigt sich immer wieder, welche wichtige Funktion der Kooperation zukam, um verschiedene Interessen auszugleichen.

Vor allem der Freigewerkschafter Wilhelm Leuschner und der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser, aber auch der frühere DMV-Vorsitzende Alwin Brandes waren es, die mit Mitstreitern aus der früheren Gewerkschaftsbewegung ein Netzwerk von Vertrauensleuten aufbauten. In diesen Widerstandskreisen waren auch Professoren und Juristen aktiv, die die Gewerkschafter aktiv unterstützten. Es waren aber auch deshalb Repräsentanten anderer Berufsgruppen aktiv, weil es den Beruf des hauptamtlichen Funktionärs nicht mehr gab. Es ist interessant, auf die veränderten Erwerbsbedingungen in der Illegalität zu schauen und Schlussfolgerungen für reale Möglichkeiten des Widerstandes zu ziehen.

Auf Grundlage der Ergebnisse neuerer Forschungsprojekte unter Leitung von Siegfried Mielke kann davon ausgegangen werden, dass sich nach 1933 mehrere hundert Gewerkschaftsfunktionäre als Vertreter von Versicherungs- und Handelsfirmen betätigten. Im Zuge der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften waren sie Mitte 1933 entlassen worden und mussten sich nach neuen Erwerbsmöglichkeiten umschauen. Zahlreiche weitere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter machten sich mit der Gründung von Einzelhandelsgeschäften, Handwerksbetrieben und Gaststätten selbständig. Ehemalige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter versuchten auf diese Weise, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zugleich nutzten sie ihre Geschäfte, Cafés und Gaststätten als illegale Treffpunkte, was nahe

6 Hans Mommsen, *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*, München 2000, S. 325.

lag, da diese ein eher unauffälliges Kommen und Gehen einer größeren Personenzahl erlaubten. Gleichzeitig bildeten die Läden unverkennbar eine gewisse soziale Struktur anstelle der Gewerkschaftsstrukturen, die zerschlagen waren.

Kleingewerbetreibende stellten ihre Läden, Restaurants und Werkstätten als Treffpunkte für illegale Zirkel zur Verfügung. Genauso wie ihre ehemaligen Gewerkschaftskollegen, die nun als Versicherungs- oder Handelsvertreter tätig waren und unverdächtig reisen konnten, leisteten Gewerbetreibende mitunter vergleichsweise effektiv Widerstand. Beim Aufbau der bedeutendsten Gewerkschaftsnetzwerke – gemeint sind die der Metall- und Eisenbahngewerkschafter – spielten Vertreter sowie Kleingewerbetreibende eine wichtige Rolle. Auf diese Weise entstanden wichtige Verbindungen zu Konservativen im Inland und bei manchen Gruppen auch ins Ausland. Auch nachdem zwischen 1935 und 1938 ein erheblicher Teil des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen den NS-Staat zerschlagen worden war, lagen Schnittstellen illegaler Netzwerke bei Kleingewerbetreibenden, bei Betreibern von Gastwirtschaften sowie bei Versicherungs- oder Handelsvertretern.

Auf Grundlage jahrelanger Forschungen unter der Leitung von Siegfried Mielke gibt es inzwischen für über 300 ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre Hinweise auf Aktivitäten als Kleingewerbetreibende bzw. Vertreter. Von ihnen war die Mehrheit im Widerstand aktiv. In diesem Zusammenhang vier Beispiele: Der Zigarrenladen der christlichen Gewerkschafter Albert Voß und Mina Amann in der Rosenthaler Straße 65 in Berlin-Mitte. Mina Amann war zuvor Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Hausgehilfen. Der Laden wurde dazu genutzt, Kontakte zu knüpfen, Untergetauchte mit Lebensmitteln zu versorgen und Quartiere zu beschaffen. Zu den Kunden gehörten Carl Friedrich Goerdeler, Josef Wirmer, Max Habermann, Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner, Alwin Brandes und andere bedeutende ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre. Auch andere Lebensmittelgeschäfte, unter anderem von Christine Höger, deren Fischladen ebenfalls in der Rosenthaler Straße in Berlin-Mitte lag, und das Lebensmittelgeschäft von Margarete Traeder in der Kleinen Innstraße 5 (Berlin-Neukölln), dienten der Koordinierung von Widerstandsaktivitäten. Zu diesem Netz an Läden kam auch eine Reihe an Kleinbetrieben hinzu, unter anderem die bis heute wenig bekannte »Firma für Apparatebau und Leichtmetallveredelung« (LEUBA) von Wilhelm Leuschner in Berlin-Kreuzberg (Eisenbahnstraße 5). Die »LEUBA« wurde zur bedeutenden

Anlaufstelle für am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 Beteiligte und für andere Widerstandskämpfer.

Inhabern von kleinen Betrieben war es auch leichter möglich, unverdächtig zu reisen, wie das letztgenannte Beispiel Wilhelm Leuschner zeigt. Er meldete für seine Firma sogar interessante Patente an – auch eine Tatsache, die bis heute wenig bekannt ist. Noch unverdächtiger konnten aber Handels- und Versicherungsvertreter reisen. Diesen Umstand nutzten die ehemaligen Gewerkschafter, um ihre engsten Vertrauensleute zu betreuen.

Gewerkschaftliche »Netzwerker« im Widerstand – biografische Umriss

Neben Wilhelm Leuschner, dem bekanntesten gewerkschaftlichen Widerstandskämpfer, gab es andere bedeutende gewerkschaftliche Widerständler, die Netzwerke zwischen Gewerkschaftern und Konservativen knüpften. Sechs sollen hier kurz vorgestellt werden:

Alwin Brandes (geb. 12. Juni 1866 in Großschönau; gest. 6. November 1949 in Berlin-Ost) war vor 1933 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV), damals die größte Gewerkschaft der Welt. Brandes war lange Zeit Mitglied des Reichstages. Als Repräsentant des DMV galt er als einer der bekanntesten Gewerkschaftsfunktionäre im In- und Ausland. Außerdem war er prominentes Mitglied der Republikschutzorganisation »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« sowie des »Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik«. Bereits in der Weimarer Zeit bekämpfte er den Aufstieg der Nationalsozialisten.

Nach 1933 gehörte er zu den Initiatoren und war Motor des Widerstandes der Metallarbeiter. Nicht wenige der 1933 entlassenen Gewerkschaftsfunktionäre trafen sich im Haus von Alwin Brandes in Berlin-Tempelhof (Wettiner Korso 36/ nach Umbenennung der Straße 1936: Loewenhardttdamm 57). Dort berieten sie sich mit ihm über eine Klage zur Einforderung von Gehältern und über die Rückforderung von Pensionsbeiträgen, die sie jahrelang gezahlt hatten. Der Vorwand, rechtliche Ansprüche für die entlassenen Gewerkschaftsangestellten zu klären, bot den idealen Rahmen zur Schaffung eines konspirativen Kontaktnetzes. Zugleich mussten für die Beteiligten neue Erwerbstätigkeiten erschlossen werden.

Deshalb wurden seitens der ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre Vertreter-tätigkeiten übernommen – vor allem für den Vertrieb von Rasierwasser, Fahrrad-schlössern und Versicherungen. Die Vertriebstätigkeiten wurden nachweislich für illegale Aktivitäten genutzt.

Aufgrund zahlreicher Verhaftungen wurde der Widerstand 1935/36 erheblich ge-schwächt. Die Bemühungen, einen verzweigten illegalen Apparat auf Dauer zu etablieren, scheiterten. Zunächst zerfiel ein Großteil der Verbindungen. Dennoch setzten einige DMV-Zirkel ihre Arbeit fort. Am Rande wurden Kontakte zum Widerstand christlicher Gewerkschafter geknüpft. Brandes blieb Kopf des metall-gewerkschaftlichen Widerstandes und war als Akteur eines breiteren Netzwerkes an den Umsturzvorbereitungen des 20. Juli 1944 beteiligt.



Alwin Brandes, ca. 1932. Quelle und Rechte: Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Jakob Kaiser (geb. 8. Februar 1888 in Hammelburg; gest. 7. Mai 1961 in Berlin-West), vor 1933 Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften für das Rheinland und Westfalen, setzte sich nach 1933 für rund 600 entlassene Ange-stellte ein. Diese erstritten sich – wie auch der Kreis um Alwin Brandes – ver-

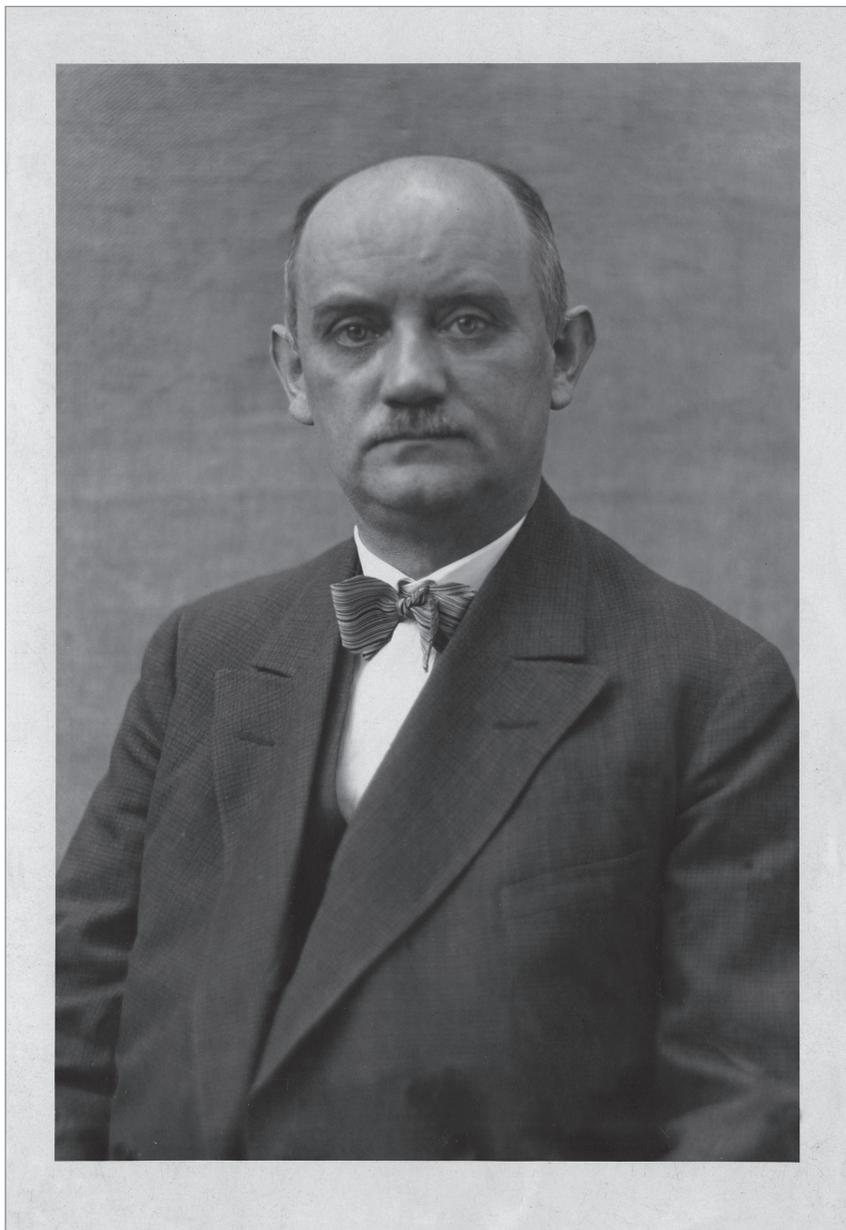
gleichsweise hohe Auszahlungen aus der konfiszierten Unterstützungskasse der christlichen Gewerkschaften. Selbstverständlich kann auch bei Kaisers Kontaktkreis, wie bei dem von Brandes betreuten Kreis, nur ein Teil dem Widerstand eindeutig zugeordnet werden. Die Kontakte ermöglichen aber, dass überhaupt koordiniert Widerstand erfolgte – immer unter der Voraussetzung, dass Vertrauen vorhanden war. Noch im Jahr 1933 verlegte Kaiser seinen Wohnsitz von Köln nach Berlin in die Wittelsbacher Straße 28, wo es zu illegalen Treffen aus dem sozialdemokratischen und christlichen Spektrum kam. Dabei hielten auch Alwin Brandes und Jakob Kaiser über Jahre Kontakt. Zugleich reiste Jakob Kaiser immer wieder nach Köln. Dort verfügte er weiterhin über Verbindungsleute. Bedeutende Verbindungspersonen waren der Priester Otto Müller, der ehemalige christliche Gewerkschafter Nikolaus Groß sowie Bernhard Letterhaus, der in der Presseabteilung beim Oberkommando der Wehrmacht tätig war.

Heinrich Körner (geb. 30. April 1892 in Essen; gest. 26. April 1945 in Berlin) war ein wichtiger Freund von Jakob Kaiser und ehemaliger Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln. Nach 1933 agierte er als Vertreter einer Inkassogesellschaft und war viel auf Reisen. In seinem Bonner Haus trafen sich vielfältig vernetzt illegale Zirkel. Obwohl Körner im Widerstand eine nahezu ähnliche Bedeutung wie Jakob Kaiser zukam, geriet er in der Erinnerung noch mehr als der ebenfalls nicht allzu bekannte Kaiser in Vergessenheit. Verantwortlich dafür war, dass Heinrich Körner unter tragischen Umständen Ende April 1945 ums Leben kam und somit in der Nachkriegsgeschichte keine Rolle mehr spielen konnte.

Oswald Wiersich (geb. 1. September 1882 in Breslau; gest. 1. März 1945 in Berlin-Plötzensee) war ebenfalls ein »Netzwerker« des Widerstandes. Der Maschinenbauer agierte bis 1933 als wichtiger Metallgewerkschaftsfunktionär und als Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) für Schlesien. Zugleich war er Mitglied des preußischen Staatsrats sowie Funktionär im »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« und Regionalpolitiker in Breslau und Umgebung. Wiersich übernahm 1933 eine Tätigkeit als Versicherungsvertreter, wodurch er wichtige Kontakte herstellen konnte. Schon früh stand Wiersich in Verbindung mit Generaloberst Ludwig Beck. Auch hielt er Kontakt mit Kaiser und Leuschner. Er verstand es zudem, Verbindungen in Schlesien herzustellen.

Illegale Kontakte hielt Wiersich auch zum ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionär Franz Leuninger. Wiersich stand in Verbindung mit Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, einem der entscheidenden »Netzwerker« des engeren Kreises des 20. Juli 1944. Wiersich war es auch, der dafür sorgte, dass Wilhelm Leuschner den Rechtsanwalt Hans Lukaschek kennenlernte, der wiederum in enger Verbindung zu Helmuth James Graf von Moltke stand. Wiersich wurde nur wenige Minuten nach der Hinrichtung von Fritz Goerdeler, dem jüngeren Bruder von Carl Friedrich Goerdeler, am 1. März 1945 in Berlin-Plötzensee ermordet. Bis in den Tod waren hier gewerkschaftlicher und konservativer Widerstand vereint. Auch Oswald Wiersich gehört trotz seiner großen Bedeutung als »Netzwerker« und Vermittler zwischen gewerkschaftlichem und konservativem Widerstand zu den vergessenen Akteuren.

Richard Woldt (geb. 24. März 1878 in Berlin; gest. 5. August 1952 in Dresden) war Mechaniker. In den 1920er-Jahren arbeitete er im Preußischen Kultusministerium, wo er bis zum Ministerialrat aufstieg. Woldt beschäftigte sich mit den Themen »Arbeiterbildung« und »Gewerkschaftspolitik«. Selbst war er jedoch kein Gewerkschafter, wenngleich er wichtige Schnittstellen zwischen freigewerkschaftlicher Bewegung und Konservativen besetzte. Laut Gestapo wollte er eine neue marxistisch orientierte Gewerkschaft in der Illegalität aufbauen, für die er sogar Konzeptionen erarbeitete. Woldt stand mit verschiedenen Akteuren des freigewerkschaftlichen Widerstandes in Verbindung. Er unterhielt enge Kontakte zu Oswald Wiersich, aber auch zu Lothar Erdmann sowie zu Emigranten wie Fritz Tarnow. Ein Verbindungsmann war der Filmregisseur Wolfram von Hanstein, der Kontakt zur Kanzlei des Führers unterhielt. Darüber hinaus unterhielt Woldt über Verbindungsleute Kontakte zum Reichserziehungs-, zum Wirtschafts- und zum Reichskriegsministerium. Für seinen Freund Wilhelm Leuschner war Richard Woldt eine der wichtigsten Vertrauenspersonen, weil er sich selbst als »Brückenbauer« ins konservative Lager verstand – er baute diese Kontakte systematisch aus, unter anderem auch zum früheren »Stahlhelm«-Funktionär Paul Joseph Stürmer, über den Woldt in Kontakt zu Carl Friedrich Goerdeler kam. Auch knüpfte Woldt Kontakte zu Theodor Duesterberg, dem früheren Vorsitzenden des deutschnationalen »Stahlhelms«-Bundes. Richard Woldt steht wie kaum ein anderer für die Bemühungen, die Grenzen des Gewerkschaftswiderstandes durch breitere Allianzen zu überwinden.



Richard Woldt, ca. 1929. Quelle und Rechte: Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Gewerkschaftswiderstand und Carl Friedrich Goerdeler – Dynamiken des Handelns

Nach anfänglicher Distanz entwickelte sich ab 1941 zwischen den Gewerkschaftskreisen und Carl Friedrich Goerdeler eine engere Kooperation. Diese Zusammenarbeit wurde vor allem von Carl Friedrich Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann, später auch von Josef Wirmer sowie zeitweise von Ludwig Beck und Bernhard Letterhaus getragen. Zugleich soll sich aus der Kooperation eine Freundschaft zwischen Kaiser und Goerdeler entwickelt haben, wodurch die Vermittlung der gewerkschaftlichen Positionen an Goerdeler erleichtert worden sei. Hierbei muss man davon ausgehen, dass Goerdelers Bereitschaft zum Handeln auch das Handeln der Gewerkschaftsvertreter dynamisierte. Diese wiederum beeinflussten Goerdeler in der Hinsicht, dass er die für die Zeit nach dem Umsturz geplante staatsunabhängige »Deutsche Gewerkschaft« in seine Überlegungen an zentraler Stelle einbezog. Letztlich einigte man sich auf eine Gewerkschaftskonzeption, die eine Zwangsmitgliedschaft für volljährige Arbeitnehmer beinhaltete.

Carl Friedrich Goerdeler war es, durch den die Gewerkschafter auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg aufmerksam wurden. Diese wechselseitige Beeinflussung und die Dynamisierung im Handeln zwischen Goerdeler und der Gewerkschaftsgruppe um Leuschner und Kaiser ist lange Zeit viel zu wenig beachtet worden.

Hans Jahn (geb. 29. August 1885 in Hartha; gest. 10. Juli 1960 in Frankfurt a. M.) war ein weiterer wichtiger »Netzwerker« im Widerstand. Er war jedoch kein Akteur im Netzwerk des 20. Juli 1944. Jahn steht vor allem exemplarisch für Bündnisbestrebungen im Widerstand, die im Exil geknüpft wurden. Er war zum Ende der Weimarer Republik Sekretär im Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (EdED). Nach dessen Zerschlagung im Mai 1933 war Jahn als Versicherungsvertreter tätig und wurde der Kopf des Widerstandes der Eisenbahner. Nach mehreren Verhaftungen ging er in die Emigration. Von Antwerpen aus betrieb Jahn die Neuorganisation eines umfangreichen »Eisenbahner-Netzwerkes« im Reichsgebiet. Er koordinierte die Einschleusung von illegalen Schriften ins Reich und sammelte mit einem von ihm betreuten Kreis Informationen über die Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Reichsbahn. 1938 siedelte Hans Jahn nach Luxemburg über, 1940 floh er nach London.

In London war Jahn in gewerkschaftlichen Exilstrukturen wie der »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien« aktiv und beteiligte sich an programmatischen Überlegungen für eine Nachkriegsordnung Deutschlands. Die Landesgruppe formulierte sozialistische Ziele, die für gewerkschaftliche Exilgruppen recht weitgehend waren. Um Verbündete zu gewinnen, hielt Jahn aber auch Kontakt zu konservativen britischen Politikern. Bei der Bildung eigener Netzwerke zeigte er sich äußerst flexibel. Sogar mit Unterstützung des britischen Geheimdienstes koordinierte er zum Ende des NS-Regimes Aktionen im Deutschen Reich.

Schlussbemerkungen

Betont werden muss, wie vielfältig sich Gewerkschaftswiderstand gegen das NS-Regime gestaltete. »Gewerkschaftswiderstand« konnte völlig anders »aussehen«, als man sich diesen gemeinhin vorstellt. Gewerkschaftswiderstand zeigte sich nicht nur auf betrieblicher Ebene. Eher wurden die meisten gewerkschaftlichen Widerstandsstrukturen zunächst außerhalb der Betriebe aufgebaut. Bedeutende Akteure des Gewerkschaftswiderstandes waren illegal tätig als Handels- und Versicherungsvertreter oder als Kleingewerbetreibende. Dem gewerkschaftlichen Widerstand und entsprechenden Netzwerken mit Konservativen, die außerhalb klassischer gewerkschaftlicher Einflussphären aufgebaut und gepflegt wurden, kommt in jedem Falle eine größere Bedeutung zu als oftmals angenommen.

Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre hatten großen Anteil daran, verschiedene Richtungen im Widerstand gegen das NS-Regime zusammenzuführen. Ihnen kommt also – wie beim Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 deutlich wird – das Verdienst zu, die eigenständig agierenden konservativen Gruppen und die Gewerkschaftsgruppen zusammengeführt zu haben. Bei allen deutlich erkennbaren Differenzen wurden sich Konservative und die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre in einem Punkt zunehmend einig: Durch eine gezielte Integration der Arbeiterschaft ins Staatswesen sollten soziale Konflikte überwunden werden. Schließlich hatte man auf beiden Seiten harte »Klassenkonflikte« für den Aufstieg der NS-Bewegung in der Endphase der Weimarer Republik mitverantwortlich gemacht. Gewerkschafter besaßen insgesamt einen erstaunlich großen Einfluss unter den zivilen Akteuren des 20. Juli 1944. Sie sorgten dafür, dass gesellschafts- und staatspolitische Überlegungen nicht nur bei den konservativen, sondern auch

bei liberalen Bündnispartnern überdacht wurden. Auch bei der Frage der Besetzung von Ämtern nach dem geplanten Umsturz übten ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre wichtigen Einfluss aus.

Die hohe Zahl der Opfer aus der Gewerkschaftsbewegung zeigt, dass es die politischen Ziele und die »Brückenbauer«-Funktion waren, die den Gewerkschaftswiderstand für das NS-Regime gefährlich machten. Letzterer Punkt findet in der Erinnerung an den Widerstand noch immer viel zu wenig Aufmerksamkeit. In diesem Essay wurde lediglich ein kleiner Ausschnitt neuerer Forschungen präsentiert. Historische Forschungen können Grundlagen für eine Erinnerungskultur schaffen, den »Erinnerungsauftrag« aber haben weniger die Forschenden, sondern in erster Linie gesellschaftspolitische Akteure. Sie müssen hierbei natürlich auf valide Forschungsergebnisse zurückgreifen können. Auf diese Weise stehen Widerstandsforschung und Erinnerungskultur im besten Falle in enger Beziehung zueinander. Je enger die Verbindung ist, desto besser kann der vermehrt zu beobachtenden Instrumentalisierung der Widerstandsgeschichte – insbesondere der Vereinnahmung des militärischen Widerstandes durch die »Neue Rechte« – Aufklärung entgegengesetzt werden.

Literatur

Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan, Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer, (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 9), Berlin 2019.

Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan, Eisenbahngewerkschafter im NS-Staat. Verfolgung – Widerstand – Emigration, (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 7), Berlin 2017.

Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan (Hg.), Emigrierte Metallgewerkschafter im Kampf gegen das NS-Regime, (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 3), Berlin 2014.

Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan (Hg.), Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 1), Berlin 2012.

Coppi, Hans/Heinz, Stefan (Hg.), *Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XVI)*, Berlin 2012.

Dolff, Christian-Matthias/Gehrke, Julia/Studt, Christoph (Hg.), »Seid einig, einig gegen Hitler!« Formen, Ziele und Motive des Widerstandes von links. Konferenzband zur XXVIII. Königswinterer Tagung, (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V., Bd. 23), Augsburg 2020.

Scheider, Michael, *Gewerkschaftlicher Widerstand*, in: *Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hg.), *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004, S. 79–89.

Tuchel, Johannes (Hg.), *Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur*, (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd.5), Göttingen 2005.

Mommsen, Hans, *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*, München 2000.

Steinbach, Peter, *Der militärische Widerstand und seine Beziehungen zu den zivilen Gruppierungen des Widerstandes*, in: *Thomas Vogel* (Hg.) im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945*, Hamburg u. a. 2001, S. 49–88.

Dr. phil. Stefan Heinz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand; Mitherausgeber der Buchreihe »Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration« im Metropol Verlag.

Wolfgang Hasibether

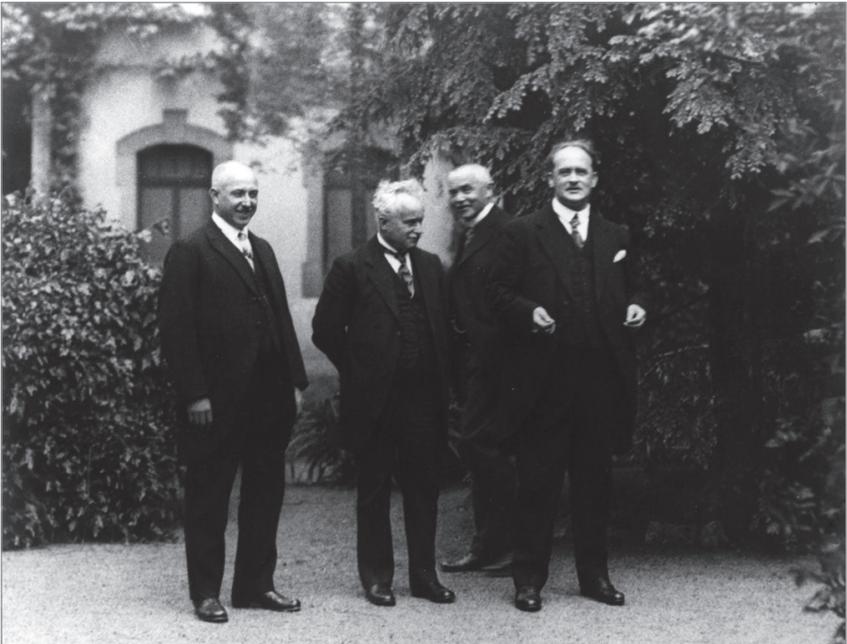
Wilhelm Leuschner im Widerstand von 1933 bis 1944 – Brückenbauer zum konservativen Widerstand gegen das NS-Regime

Wenn man sich mit Wilhelm Leuschner und seiner Verbindung zum konservativen Widerstand gegen den Terror des Hitlerregimes beschäftigt, muss man seine Begegnungen mit bürgerlich-konservativen Gesellschaftsschichten lange vor dem Jahr 1933 betrachten. Dies hilft, die Verständigungsbasis zwischen dem Angehörigen der Arbeiterklasse und den privilegierten Oberschichten des Obrigkeitsstaates zu verstehen¹. Verbindende und trennende ideologische Grundlagen treten dabei zutage. Die Kontakte zu diesen Kreisen werden nachfolgend kurz skizziert.

Schon während seiner Kindheit und Jugend in den 1890er-Jahren in Bayreuth-Moritzhöfen, einer südlichen Vorstadt von Bayreuth mit ihrem großen Kasernenviertel von über 2.500 Soldaten, das entsprach etwa einem Zehntel der damaligen Einwohnerschaft, kam er mit Militärs in Berührung. Und während seiner Handwerker Ausbildung als Holzbildhauer begegnete er auch den städtischen Oberschichten. Später in den Darmstädter Tarifauseinandersetzungen ab 1911 in den Betrieben der Möbelindustrie oder während des Kapp-Putsches bei den Verhandlungen mit der Militäradministration in Darmstadt im März 1920 verhinderte er blutige Auseinandersetzungen. Carlo Mierendorff, sein späterer Pressereferent im hessischen Innenministerium, bescheinigte ihm eine ruhige, sachliche Verhandlungsführung und unverbrüchliche Standfestigkeit ohne jedes Bonzentum. Für Mierendorff unterschied sich Leuschner damit von vielen anderen aufstrebenden Arbeiterfunktionären und deren sozialem Aufstiegsverhalten. Als Bevollmächtigter des ADGB 1923 im Ruhrkampf und in seiner Rolle als Vermittler mit der französischen Besatzungsmacht in Mainz war er stets auf sozialen und poli-

¹ Die Hauptquellen für das Essay befinden sich im Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth (AWLS); dort auch das Itinerar mit Aufenthaltsorten u. Reisen W. L. und Soziogramme zu Leuschners Kontakten – in: (im Erscheinen) *Wolfgang Hasibether*, Biografie Wilhelm Leuschner, Bayreuth 2022; die Abbildungen zu Wilhelm Leuschner befinden sich ebenfalls im AWLS.

tischen Ausgleich bedacht. Er wurde für die Führung des ADGB in Berlin zum verlässlichen Vertrauensmann. Mit Friedrich Ebert und Theodor Leipart verband ihn seit dieser Krisenzeit am Anfang der Weimarer Demokratie eine fast freundschaftliche Beziehung. Seine Aufnahme in den Freimaurerorden ›Johannes der Evangelist zur Eintracht‹ in Darmstadt im Februar 1923 war bei den Logenbrüdern umstritten, da sie sich einen Sozialisten als Mitglied nicht vorstellen konnten. Der ›Meister vom Stuhl‹, der Fabrikant Emil Schenck und Präsident der IHK Darmstadt, setzte sich für Leuschners Aufnahme erfolgreich ein. Er erinnerte die Logenbrüder an die humanistischen Grundlagen der Freimaurerei. Dieses Ereignis in Leuschners Leben erhellt die ideologische Basis seiner Berührungspunkte mit einer völlig anderen Lebenswelt als die des eigenen Arbeitermilieus. Sein in schriftlichen Äußerungen immer wieder betonter Stolz auf die werteschaaffende Arbeits- und Lebenswelt der Arbeiterschaft gab ihm die Basis, selbstbewusst mit den anderen gesellschaftlichen Schichten und Klassen umzugehen.



V. l. n. r. Wilhelm Leuschner, Carl Severing, Eugen Bolz, Bernhard Adelung bei der 1. Polizeiwoche in Darmstadt, 1929. Quelle: AWLS Nr. DA 253a; Rechte: AWLS.

Im April 1926 erhielt Leuschner als ADGB-Bezirkssekretär von Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck in Frankfurt einen beratenden Sitz im ADGB-Bundesausschuss, und im Februar 1928 wurde er Innenminister des Volksstaats Hessen. Damit nahmen seine beruflichen Kontakte zu Militärs und konservativen Politikern zu und es kamen ihm hier seine Erfahrungen im Umgang mit anderen Lebenswelten zugute. Mit dem Zentrumspolitiker Eugen Bolz, Innenminister von Württemberg und dort ab 1928 Staatspräsident, verhandelte Leuschner des Öfteren Polizeifragen und andere politische Themen zur Reichseinheit.

Als Innenminister des Volksstaates Hessen nahm er an den Konferenzen der Innenminister der deutschen Länder in Berlin teil und seine Kontakte zu den Vertretern der politischen Parteien der sogenannten Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, Deutsche Demokratische Partei) wurden immer intensiver.



Staatsrat Ludwig Schwamb und Leuschner im Darmstädter Ministerbüro Leuschners, um 1929. Quelle: AWLS Nr. DA 253b; Rechte: AWLS.

Er verstand es, seine politischen Anliegen im Dialog mit den anderen politischen Lagern, vor allem dem bürgerlich-liberalen und dem konservativen, auszutarieren. Seine gewerkschaftliche Erfahrung im Umgang mit den ›Vertretern des Kapitals‹ gaben ihm Gelassenheit und Zuversicht in den Verhandlungen.

Dies wurde vor allem deutlich bei den Gesprächen im Frühjahr 1933 über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft mit den anderen Richtungsgewerkschaften, in denen er mit Jakob Kaiser von den christlichen Gewerkschaften, Max Habermann vom deutschnationalen DHV sowie Anton Erkelenz und Ernst Lemmer von den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verhandelte. Wilhelm Leuschner übernahm die zentrale Vermittlerrolle, er baute die Brücke von den freien, sozialistisch orientierten ADGB-Gewerkschaften zu den anderen Gewerkschaftslagern. Michael Schneider bemerkt zu Recht:

»Dass die Gespräche zwischen den Vertretern der Richtungsgewerkschaften, wie Anton Erkelenz ... betonte, einer ›Gleichschaltung von unten‹ dienen sollten, um damit eine Umbildung zur staatlichen Zwangsgewerkschaft zu verhindern, zeigt den geringen Handlungsspielraum, den die Gewerkschaftsführer sahen. Der Ende April 1933 gebildete ›Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften‹ war also gewiss kein ›Aktionsbündnis‹; vielmehr waren die Verhandlungen Ausdruck der Bemühungen, den gewerkschaftlichen Organisationen – in neuer, eben entpolitisierter Form – wenigstens das Überleben zu sichern. Auch das Programm dieses Ende April ausgehandelten Zusammenschlusses ... war geprägt von der Bereitschaft, aktiv an der Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mitzuwirken. Im Übrigen war dieser Programmwurf gewiss eher ein notdürftig zusammengefügtes Dach als ein tragfähiges Fundament für eine Einheitsgewerkschaft. Um diese zu schaffen, bedurfte es erst der gemeinsamen Erfahrungen von Auflösung und Zerschlagung, von Verfolgung und Widerstand.«²

Leuschners Verhandlungen als Mitglied der ADGB-Führung ab Januar 1933 mit dem Chef der Heeresleitung der Reichswehr, dem sogenannten ›roten General‹ Kurt von Hammerstein, und dem kurzzeitigen Reichkanzler Kurt von Schleicher (Dezember 1932 bis Januar 1933) zeigten deutlich seine Haltung, den Rechtsstaat und die Demokratie auch mithilfe des Teils der Militärs zu retten, der zwar kon-

2 Michael Schneider, Anpassung. Verfolgung. Widerstand, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft, in: *Deutscher Gewerkschaftsbund/Archiv der sozialen Demokratie* (Hrsg.), In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft, 2. durchg. Aufl., Bonn 2022, S. 18.

servativ eingestellt war, aber eben nicht gegen die Republik kämpfte. Die Pläne von Hammerstein, Hitler im Februar 1933 zu entmachten, wurden mit Schleicher und den ADGB-Führern erörtert. Ebenso pflegte Leuschner über Theodor Leipart, der Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats war und persönliche Kontakte zu Carl F. Goerdeler hatte, schon ab 1932 Zugang zu konservativen Wirtschafts- und Politikkreisen. Diese Kontakte Leuschners weisen auf die umfangreichen beruflichen Beziehungen hin, die Leuschner in den 15 Jahren der Weimarer Republik zu konservativen militärischen, adeligen und bürgerlichen Kreisen notwendigerweise pflegen musste. Alle späteren Begegnungen im Widerstand wurden durch seine früheren Bekanntschaften ermöglicht. Durch diese Tatsache war es zwangsläufig, dass er nach seiner Haftentlassung am 10. Juni 1934 im Führerkreis der illegalen Gewerkschaften den Auftrag erhielt, den Kontakt zu den bürgerlich-konservativen Kräften zu suchen und deren Widerstandswillen gegen den Nationalsozialismus zu erkunden.

Am 10. Juni 1934 wurde Leuschner aus dem Konzentrationslager Lichtenburg bei Prettin (heute Gedenkstätte Sachsen-Anhalt) entlassen. Am nächsten Tag traf er sich mit Jakob Kaiser im Café Kranzler am Kurfürstendamm in Berlin-Charlottenburg, um über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu beraten. Ebenso traf er sich mit ehemaligen ADGB-Sekretären, um die Organisation der Gewerkschaften im Widerstand zu planen. Die sogenannte Illegale Reichsleitung der Gewerkschaften wurde von Heinrich Schliestedt, Hermann Schlimme und Walter Maschke seit 1933 gebildet. Allerdings hielt diese Organisationsstruktur nur bis etwa 1936. Walter Maschke wurde bereits im Dezember 1934 verhaftet, Hermann Schlimme im Januar 1937 und Heinrich Schliestedt schließlich, dem im Sommer 1934 die Flucht nach Komotau/CSR gelungen war, kam 1937 bei einem Flugzeugabsturz im Elsass ums Leben. Leuschners Aufgabe, die Verbindungen zu bürgerlichen Widerstandskreisen herzustellen, hatte ihren Ursprung in seinen früheren Kontakten als Innenminister, ADGB-Vorstandsmitglied und Vertreter der deutschen Gewerkschaften im Internationalen Arbeitsamt in Genf. Er war deshalb dazu prädestiniert, Brücken zum bürgerlichen und militärischen Widerstand zu bauen.

Neben dem Aufbau einer illegalen Gewerkschaftsorganisation, als deren Führer er vom inhaftierten ADGB-Vorstand bestimmt worden war, knüpfte er Gesprächs-

kontakte und organisierte Geheimtreffen. Ein erster Gesprächspartner war Jakob Kaiser, mit dem er die Verteidigung ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre der christlichen Gewerkschaften vor der Reichsfeststellungsbehörde des Reichsinnenministeriums in Berlin beriet. Die Kartei der Hauptamtlichen, die für diesen Zweck von Kaiser bereits seit Mai 1933 erstellt wurde, war eine Grundlage für das reichsweite Verbindungsnetz insbesondere des gewerkschaftlichen Widerstands.

Die Phase des Aufbaus des illegalen Widerstands dieses reichsweiten Netzwerks dauerte bis Ende 1936. Die zweite Phase bestand in der Verästelung des Widerstands in die einzelnen Gewerkschaften und die politischen Gruppen hinein, was bis zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 erfolgte. Danach traten die Akteure in die letzte Phase des Widerstands ein.

Die Fabrik, die Leuschner im Dezember 1936 in Berlin-Kreuzberg in der Eisenbahnstraße 5 übernahm, war bis zu seiner Verhaftung 1944 seine wichtigste Schaltstelle, um den gewerkschaftlichen Widerstand im Untergrund im gesamten Reichsgebiet und in den von den Nationalsozialisten besetzten Kriegsgebieten zu koordinieren.

Die konspirativen Treffen der Widerstandsgruppen tarnte Leuschner mit Methoden wie Briefmarkensammelbriefen oder mittels kryptischer Tarncodes. So hielt er Kontakt zu lang zurückreichenden persönlichen Bekanntschaften aus den Weimarer Gewerkschaftsorganisationen aufrecht. Die politischen Differenzen aus der Weimarer Zeit spielten für ihn keine Rolle. Hierbei kam ihm sein Erfahrungswissen als Gewerkschaftsfunktionär und Innenminister zu Hilfe. Was bisher in der Forschung zu wenig beachtet wurde, ist die Untersuchung der sozialen Gruppenbildung des gewerkschaftlichen Widerstands und anderer Widerstandsgruppen anhand des Wechselspiels von immateriellem Gehalt (Geist der Gruppe) und deren materiellen Form der Organisationsstruktur im Untergrund. Mithilfe dieser Wechselwirkung von Form und Ideologie lässt sich erklären, wie der Zusammenhalt der verschiedenen weltanschaulichen Lager in der dritten Phase des Widerstands (im Krieg) und nach der Befreiung im Mai 1945 in den antifaschistischen Ausschüssen funktionierte, in denen die Überlebenden des Arbeiterwiderstands den gesellschaftlichen Aufbau organisierten.

Der Ausspruch Willi Bleichers zum Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald: ›Wir sprachen nicht mehr von Genossen sondern von Kumpel‹ zieht das Fazit des Erlebens von gemeinsamer Verfolgung und Widerstand gegen die Mächte des Grauens und des Todes und bringt auf den Punkt, was die Wechselwirkung des Widerstandsgeistes und seiner Organisationsform ausmacht. Bleicher spricht auch davon, dass ›zuweilen der Geist den Körper baut und erklärt damit welche Rolle die geistige Widerstandsfähigkeit in ihrer individuellen ideologischen Grundlage und deren kollektiver organisatorischen Form für den Willen zu widerstehen spielt.³

Da Wilhelm Leuschner über seine Verbindungen zu ehemals gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Funktionsträgern (u. a. Hermann Maaß, Carlo Mierendorff und Julius Leber) im Sommer 1938 mit den Generalobersten Ludwig Beck und von Hammerstein Kontakte knüpfte und über den Widerstand führender Militärs informiert wurde, begegnete er auch wieder Carl Friedrich Goerdeler. Bedeutsam waren dabei seine Kontakte zu Fritz Elsas, mit dem er schon länger bekannt war. Elsas trat 1919 der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei bei, wurde 1931 2. Bürgermeister Berlins und beriet Carl Friedrich Goerdeler, womit er den liberalen Flügel des bürgerlichen Widerstands repräsentierte. Elsas hatte seit Pfingsten 1934 Verbindung mit der ›Strassmann-Gruppe‹, die später den ›Kreisauer Kreis‹ und so auch Leuschner kontaktierte. Anders als Gerhard Ritter dies in seiner 1954 veröffentlichten Goerdeler-Biografie vertritt, blieb das gewerkschaftliche Netzwerk, das Wilhelm Leuschner in den zehn Jahren des Widerstands im ganzen Deutschen Reich knüpfte, eine eigenständige Organisation. Über Leuschner stand dieses Netzwerk in Kontakt mit dem sogenannten Goerdeler-Kreis, der aus der ›Mittwochsgesellschaft‹ konservativer und deutsch-nationaler Politiker und Wissenschaftler um den Fabrikanten Robert Bosch entstanden war.

Die verbindenden und trennenden Vorstellungen zum Wiederaufbau der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen und zu deren rechtsstaatlicher Verfasstheit nach der Befreiung am 8. Mai 1945 belegen diese historische Entwicklung

3 Willi Bleicher in Filmdokumentation: Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken, Stuttgart 1977. Ab der Minute 13:23 im Film spricht er von den Gemeinsamkeiten verschiedener Weltanschauungen im Kampf gegen die Nazis.

des gewerkschaftlichen Widerstands und die Grundlage für die Entstehung der Einheitsgewerkschaft.

Über Hermann Maaß, Carlo Mierendorff und Adolf Reichwein unterhielt Leuschner auch Kontakte zum sogenannten ›Kreisauer Kreis‹ um Helmuth James Graf von Moltke. Damit war der Brückenschlag vom sozialistischen Widerstand zum bürgerlich-adeligen, christlichen und militärischen Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime hergestellt. Gemeinsam war allen die Maxime der ›Herrschaft des Rechts‹ und die Wiederherstellung der Würde des Menschen. Dies und die Ablehnung einer zutiefst inhumanen Terrorherrschaft verband christliche, bürgerlich-konservative, liberal-aufklärerische und sozialistische Grundüberzeugungen.

Hans Mommsen hat in seiner Abhandlung von 1966 über die gesellschaftlichen Vorstellungen und Verfassungspläne des deutschen Widerstands letztlich eine grundlegende Übereinkunft der verschiedenen Widerstandslager verneint. Wir werden unten noch ausführlicher darauf eingehen. In einer Frage kann man ihm allerdings zustimmen, nämlich bei seinem Einspruch gegen Gerhard Ritter, wonach Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner den Plänen des konservativen Widerstands um Goerdeler zur Wiederherstellung der Monarchie zugestimmt hätten. Es gibt keinen Beleg, dass die beiden Gewerkschafter sich für Prinz Louis Ferdinand von Preußen als Staatsoberhaupt ausgesprochen haben. Im Gegenteil ist zu vermuten, dass Wilhelm Leuschner, der im Frühjahr 1926 als Bezirkssekretär für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck für die Fürstenenteignung als Redner auf Parteiveranstaltungen und Gewerkschaftsversammlung geworben hatte, mit Sicherheit nicht mit einer erneuten Inthronisation der Monarchie einverstanden gewesen wäre. In seinen Redenotizen aus dieser Zeit betonte er die Fürstenenteignung als Grundlage für den Kampf für die ›freie Republik⁴. Auch seine Feststellung zum 10. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1929, dass die Revolution von 1918 die politische Demokratie gebracht habe, aber nicht die soziale, ist wohl als Beleg für seine sozialistische Grundüberzeugung von einer gerechten Gesellschaft anzusehen, die nicht mit der Restauration alter poli-

4 Leuschners Redenotizen zum Volksentscheid ›Fürstenenteignung‹ am 20. Juni 1926, in: AWLS Nr. DA 6/26, S. 1–11.

tischer Verhältnisse einhergehen durfte. Sein Diktum von 1929 »aus der politischen Demokratie muss die soziale Demokratie werden« gilt noch heute.⁵

Seine Auffassung von der gesellschaftlichen Stellung der abhängig Beschäftigten (er formulierte ›Arbeiterstand‹) entwickelte er ab 1942 in Notizen über die Arbeiten von Ludwig Reichhold.⁶ Reichhold war Funktionär der österreichischen christlichen Arbeiterbewegung und Leuschner lernte ihn Ende 1938 durch Jakob Kaiser kennen. Hier kann man feststellen, dass er, der Freidenker und Freimaurer, sich wieder an das christliche Menschenbild herantastete. Die Freundschaft mit Jakob Kaiser, die sich in der gemeinsamen Widerstandstätigkeit vertiefte, dürfte ein Übriges dazu getan haben, dass er sich zunehmend mit den humanistischen Grundlagen einer freien Gesellschaft beschäftigte und das Verbindende zwischen den bisher ideologisch getrennten gesellschaftlichen Lagern suchte.

Auch im Umgang mit Carl Friedrich Goerdeler ließ sich Leuschner sicherlich durch dessen humanistisches Menschenbild und seine Standfestigkeit überzeugen, sich mit Mut und Beharrlichkeit gegen die Kulturpolitik der Nationalsozialisten zu stellen. Goerdelers ordoliberalen Überzeugungen von Wirtschaftspolitik und freiem Markt hat Leuschner dagegen sicherlich abgelehnt. Auch in der Frage, wie die Gewerkschaften nach Ende der Diktatur organisiert werden sollten, waren Goerdeler und Leuschner unterschiedlicher Meinung. Die Position Goerdelers für eine Zwangsmitgliedschaft traf in den 1940er-Jahren auf erbitterten Widerstand Leuschners und seiner Mitstreiter aus der Arbeiterbewegung, die für die freie Wahl der Mitgliedschaft und die Freiwilligkeit der zentralen Organisation eintraten. Auch die Darstellungen in den sogenannten ›Kaltenbrunner Berichten‹, den Verhörprotokollen der Gestapo nach dem Putsch vom 20. Juli 1944, zeichnen eine falsche Wirklichkeit. Das Urteil des Volksgerichtshof-Präsidenten Roland Freisler, ein faschistischer Bluthund, in dem von einer ›kleinen Gruppe von Verschwörern und Verrätern‹ die Rede ist, stellt die Aktenlage dieser Verhöre

5 *Wilhelm Leuschner* in: Julius Reiber/Karl Storck (Hrsg.), *Zehn Jahre deutsche Republik*. 4. Abschnitt: Vom deutschen Volksstaat. Die Bedeutung der Weimarer Verfassung, Darmstadt 1929, S. 25–31, hier: S. 25 ff.

6 Die Notizen, ihre Übertragung und Auswertung befinden sich im AWLS Nr. BE 1/13 und bilden den einzigen Beleg für die theoretischen Überlegungen Leuschners ab 1942. Ansonsten mied er jede Schriftlichkeit, um der Gestapo keine Beweise für die Widerstandstätigkeit seines Netzwerkes zu liefern.

durch die Gestapo dar. Die sogenannten ›Kaltenbrunner-Berichte‹ schufen eine spezifische Realität aus der Sicht der Machthaber, deren Sichtweise allerdings weitgehend unkritisch in die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik einging und sich in Teilen bis heute hält. Dies ist umso unverständlicher, als bereits Hans Rothfels 1949 in seiner Abhandlung ›Die deutsche Opposition gegen Hitler‹ auf die Breite des Widerstands und dessen Netzwerke hinwies. Ebenso sprach Gerhard Beier schon in den 1970er-Jahren von einer breiten Verankerung des Widerstands in den Untergrundgruppen der Arbeiterbewegung einschließlich all ihrer weltanschaulichen Verzweigungen. Seine Forschungen wurden in den letzten drei Jahrzehnten durch akribische Archivarbeit noch deutlicher akzentuiert und empirisch belegt.⁷

Das Gesellschaftsbild der verschiedenen Widerstandsgruppen war in vielen Bereichen heterogen und reichte von Graswurzelvorstellungen einer kommunalen Selbstverwaltung beim ›Kreisauer Kreis‹ über ordoliberalen Grundlagen der freien Marktwirtschaft im ›Goerdeler-Kreis‹ und Ordnungsvorstellungen der Militärs bis hin zu gemeinwirtschaftlichen staatlichen Regulierungsvorstellungen der sozialistischen Widerstandsgruppen (Stichwort: Wirtschaftsdemokratie) und zum ›Christlichen Sozialismus‹ der christlichen Gewerkschafter. Die sozialistischen und gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftsstrukturen und die Enteignung durch Vergesellschaftung des Großkapitals in einer sozialen Demokratie waren für Leuschner und seine engen Mitstreiter die Zukunftsaufgabe nach Hitler. Deshalb greift auch Mommsen zu kurz, wenn er in seiner Bewertung des Gesellschaftsbildes und der Verfassungspläne des deutschen Widerstands das Fazit zieht, dass sie für die Zeit nach Hitler keine Gemeinsamkeit in einer deutschen Demokratie gefunden hätten. Er schreibt: »Das Verfassungsdenken des deutschen Widerstands hat sich bei der Wiedererstehung einer deutschen Staatlichkeit nach 1945 in allen grundsätzlichen Fragen nicht durchgesetzt«⁸. Auch Karl Otmar von Aretin, der in den 1980er-Jahren die Auffassung vertrat, der deutsche Widerstand hätte

7 Vgl. Axel Ulrich, Wilhelm Leuschner – ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik, Wiesbaden 2012; (i. Erscheinung) *Hasibether*, Leuschner, 2022.

8 Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Hans Buchheim/Walter Schmithenner (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, Köln 1966, S. 73–167, hier S. 90.

im Grundgesetz der Bonner Republik kaum Spuren hinterlassen, geht fehl. Die im Grundgesetz verankerten Artikel 9 (Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie), 14 und 15 (Verpflichtung des Eigentums, Vergesellschaftung), 20 (demokratischer und sozialer Bundesstaat = Sozialstaat) und 139 (Rechtsvorschriften zur Befreiung vom Nationalsozialismus) sind unmittelbarer Ausfluss der Erfahrungen des deutschen Widerstands und seiner Planungen und theoretischen Überlegungen für ein demokratisches und sozialstaatliches Deutschland nach Hitler. Die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts vereinte alle weltanschaulichen Lager dieses gemeinsamen Widerstands.

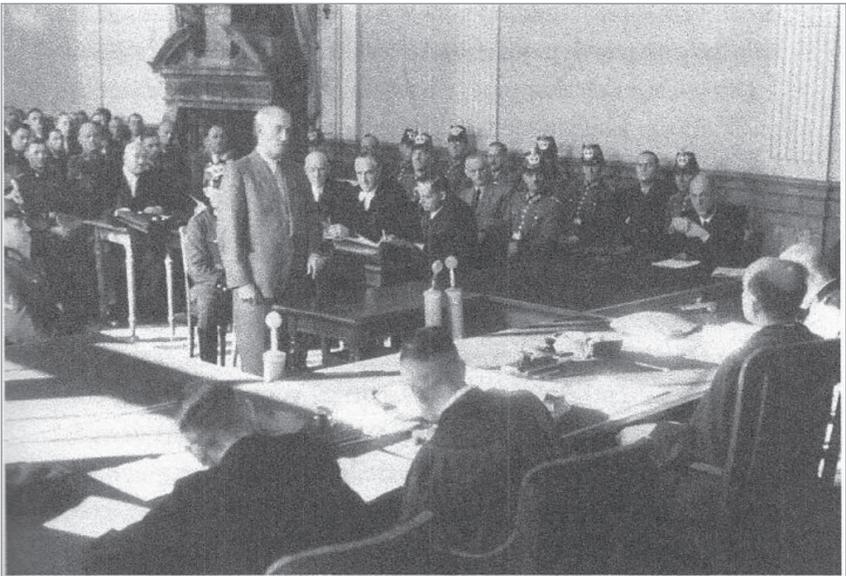
Eine weitere Brücke zwischen den Idealen des konservativen und gewerkschaftlichen Widerstands, die als historisches Vermächtnis des Widerstands die Entwicklung Deutschlands in den vergangenen mehr als 75 Jahren bestimmte, ist die Einheitsgewerkschaft. Die Pläne des gewerkschaftlichen Widerstands zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft mit überparteilicher und weltanschaulicher Neutralität, die aber Parteilichkeit und politische Einmischung im Interesse der Arbeitnehmerschaft für soziale Demokratie ermöglicht, waren gegründet auf der Erfahrung der Ohnmacht gegen den Faschismus vor 1933 und der Niederlage im Kampf gegen den NS-Staat. Erst die Befreiung durch die Alliierten schuf die Möglichkeit des Neubeginns eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats in Deutschland. Folgen des Krieges waren die Teilung von 1949 und deren Überwindung 1990. Leuschners letzte Worte vor seinem Tod am 29. September 1944 ›schafft die Einheit‹ waren das Vermächtnis für die deutsche Einheitsgewerkschaft und sind es bis heute.

Annedore Leber überlieferte der Nachwelt die letzten Worte ihres Mannes: »Für eine so gute Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders kam«⁹. Sie bezeugt ebenso die Verbindung zwischen den sozialistischen und bürgerlich-konservativen Widerstandskreisen mit ihrer Schilderung der Grundüberzeugungen von Leuschner und Leber: »Ich sehe vor mir, in schärfster Konzentration beratend, Leuschner und meinen Mann. Gemeinschaftlich traten sie dann in allen weiteren Verhandlungen dafür ein, daß der Klassenkampf im alten doktrinären Sinne als überholt anzuspochen und der

⁹ *Annedore Leber*, Männer des 20. Juli 1944, in: *Der Spiegel* v. 19.7.1947.

Wert des christlichen Einflusses auf die abendländische Kultur nicht zu bestreiten sei«¹⁰.

Mit dem Zusammengehen von unterschiedlichen sozialen und geistigen Strömungen hat der deutsche Widerstand historisch bewiesen, dass nicht das ganze deutsche Volk willfährig Adolf Hitler gefolgt ist, sondern ein nicht geringer Teil des deutschen Volkes in allen Klassen und Schichten gegen den Terror aufgestanden ist und den Mut zum Widerstand bewiesen hat. Diese ›Volksfront‹ schuf durch die Überlebenden des Widerstands das Fundament unseres heutigen Gemeinwesens. Dies ist das Vermächtnis auch für die Zukunft gegen jede Form von Barbarei. Der Mut im Schauprozess vor dem Nazi-Blutrichter Roland Freisler, den Wilhelm Leuschner und seine Mitgefangenen bewiesen, ist die geistige Grundlage unserer freien Republik.



Wilhelm Leuschner vor dem NS-Blutrichter Roland Freisler am 7. September 1944. Quelle: AWLS Nr. BE 174a; Rechte: AWLS.

10 Ebd.

Literatur

Deutscher Gewerkschaftsbund/Archiv der sozialen Demokratie (Hg.), In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft, 2. durchg. Aufl., Bonn 2020.

Hasibether, Wolfgang, Wilhelm Leuschner und der 30. Januar 1933, Berlin 2003.

Wolfgang Hasibether

Dipl.-Sozialwirt, DGB-Kreisvorsitzender, Publizist und Berater für Mitbestimmungsgremien, seit 2002 geschäftsführender Vorsitzender der Wilhelm-Leuschner-Stiftung. Zahlreiche Publikationen zur Gewerkschaftsgeschichte.

Ekkehard Klaus

Der Platz der Gewerkschaften in Carl Friedrich Goerdelers politischer Welt

Welchen Platz hatten die Gewerkschaften in der politischen Welt Carl Goerdelers? Antworten finden sich in den konkreten politischen Planungen und Absprachen, die von ihm als designiertem Reichskanzler einer Widerstandsregierung überliefert sind, aber auch in seinen politischen Schriften. Es ist ja denkbar, dass beide Antworten unterschiedlich ausfallen. Denn als politischer Strategie könnte er Bündnisse eingegangen sein, die seiner eigenen politisch-ideologischen Prägung nicht entsprachen. Schauen wir zunächst auf seine politische Strategie im Hinblick auf die Gewerkschaften in der Vorbereitungsphase des Umsturzes und wenden uns danach seinen früheren Äußerungen zu, die auf die ursprüngliche Stellung der Gewerkschaften in seiner politischen Welt schließen lassen.

Wäre Goerdeler nach einem erfolgreichen 20. Juli 1944 Reichskanzler geworden, so wäre Wilhelm Leuschner einer seiner stärksten Wunschpartner für den Neuaufbau des Reichs gewesen, der ungekrönte König der Deutschen Schatten-Gewerkschaft. Leuschner übernahm die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften, nachdem im April 1933 ein »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« gegründet worden war und der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart den Strapazen nach der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai nicht mehr gewachsen war. Ende 1942 einigte sich Leuschner mit Jakob Kaiser, dem Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, und Max Habermann, dem Vertreter des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, auf ein Konzept der »Deutschen Gewerkschaft«, deren Vorsitzender Leuschner und dessen Vertreter Kaiser und Habermann sein sollten.¹ Von dieser Gruppierung erhoffte sich Goerdeler eine Massenbasis, die den Umsturz vom bösen Anschein eines reinen Militärputsches befreien sollte. Von den Netzwerken der ehemaligen Gewerkschafter konnte zwar keine Massenbe-

¹ Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Stuttgart 1984, Bd. 1, S. 205.

wegung ausgehen, die zum Umsturz führen würde, aber doch eine breite Unterstützung nach einem militärischen Regimesturz. Eine solche nachträgliche Legitimierung von unten musste die Verschwörergruppe des 20. Juli, geführt von Staboffizieren und Honoratioren, dringend anstreben. Damit suchte man innenpolitisch eine prekäre demokratische Legitimität des Umsturzes und außenpolitisch Kredit bei den Feindmächten, wo die preußisch-deutsche Militärführung kaum höher im Kurs stand als der Nationalsozialismus.

Von Gewerkschaftsseite sprach für ein Bündnis mit Goerdeler, dass er die Verbindung mit Beck und Stauffenberg hielt und damit auf den Umsturz hinwirken konnte, der nur militärisch möglich war. Danach wollte Leuschner Goerdeler zunächst als Reichskanzler akzeptieren, auch um die Arbeiterbewegung nicht mit einer neuen Dolchstoßlegende zu belasten. Nach einer Übergangszeit sollte Goerdeler aber durch sozialistische Kräfte abgelöst werden. Wichtig war für Leuschner, dass Goerdeler dem Plan der Einheitsgewerkschaft mit Zwangsmitgliedschaft zustimmte. Ein konservativ-militärisches Übergangsregime konnte Leuschner unterstützen, wenn dadurch sein Hauptziel, die Einheitsgewerkschaft, unter Dach und Fach kam. Dazu war Leuschner sogar bereit, Goerdelers Lieblingsidee einer monarchischen Staatsspitze mitzutragen, die sicher nicht sein Herzensanliegen war.

Und war es für Goerdeler ein Herzensanliegen, sich mit der sozialistischen Tradition der Gewerkschaftsbewegung zu verbünden? Er machte sich ja deren Apotheose zu eigen, die einer allumfassenden »Deutschen Gewerkschaft« mit Zwangsmitgliedschaft aller Arbeitenden und damit großer politischer Macht. Was lesen wir darüber in Goerdelers Schriften? Gehen wir zeitlich zurück hinter dieses Zweckbündnis der Kriegs- und Widerstandszeit und suchen wir die Spuren von Goerdelers ursprünglicher und eigentlicher Anschauung in früheren Texten.

In einer Denkschrift zur Rohstoff- und Währungslage von 1936² klingt Goerdeler bellizistisch und fast doktrinär liberal-marktwirtschaftlich. Bellizistisch, also kriegerisch: Er sei überzeugt, dass gewisse Fragen der deutschen Zukunft nur mit dem Einsatz der Armee gelöst werden könnten. Es sei eine unerschütterliche Tatsache, dass die Rückgewinnung des polnischen Korridors und die Bereinigung der deutschen Ostfrage nur erreichbar seien, wenn man die geballte Kraft unseres

2 Dokument Nr. 3.8, in: *Sabine Gillmann/Hans Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*, Bd. 1, S. 411–475, München 2003.

Volkes einsetzen könne. Gemeint ist die militärische Kraft. Allerdings ist die Stoßrichtung dieser Denkschrift Goerdelers an Hitler, die Aufrüstung zu verlangsamten. Nicht auszuschließen ist, dass hier eine bellizistische Rhetorik dazu diente, anti-bellizistische Ratschläge zu geben. Ähnlich hatte Beck 1938 versucht, mit bellizistischer Rhetorik (nämlich: die Existenz der CSR sei unerträglich für Deutschland) von einem Überfall auf dieses Land abzuraten. Auf der anderen Seite hatte Goerdeler eine durchaus bellizistische Vergangenheit. Er wollte 1918 den Versailler Vertrag nicht anerkennen und einen vom Reich vorübergehend abgespaltenen Oststaat gründen, um Krieg gegen Polen zu führen und Gebietsabtretungen zu verhindern. »Die einzige Möglichkeit, das Deutschtum im Osten und die Ostmark dem Reiche zu retten, ist die militärische Niederwerfung Polens«, schrieb Goerdeler 1919 in einem Bericht über seine »Politische Arbeit in Ostpreußen«.³

Sehr entschieden spricht sich Goerdeler in der Denkschrift von 1936 zur Rohstoff- und Währungslage gegen eine sozialistisch-planwirtschaftliche Politik aus. Er warnt vor der Fleischkarte und anderen zwangswirtschaftlichen Maßnahmen. Der Butterpreis solle ruhig steigen, wenn das die Landwirtschaft zu erhöhter Produktion anreize. Über Sozialisierung spottete er: »Als ob ein Betrieb, der keine Rohstoffe hat, plötzlich arbeiten kann, weil sein Eigentümer nicht mehr Herr X, sondern das Volk ist.«⁴

Geradezu sozialdarwinistisch klingt sein Verdikt, man versuche durch »Verbandsbildungen, Kartelle, Wettbewerbsbestimmungen den Tüchtigen und Entschlossenen in den Zügel zu fallen, damit die Untüchtigen und weniger Leistungsfähigen auch ihren einmal erwählten Beruf halten können«. »Wer ein tüchtiger Kämpfer ist, kommt durch und nützt der Allgemeinheit, wer nicht tüchtig ist, erliegt. Aber die Allgemeinheit darf ihm nicht immer wieder auf die lahmen Beine helfen wollen.« Es geht Goerdeler um »diese Freiheit des Lebenskampfes«. Die abzulehnende Alternative sei »Verstrickung in Planung, Sozialisierung, Regelung, Verödung«.⁵ Das ist Marktwirtschaft pur, aber keine soziale.

3 Dokument 2.1, in: *Gillmann/Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe* 1, 2003, S. 191–198, hier S. 192.

4 Dokument Nr. 3.8, 2003, S. 459.

5 Ebd., S. 459.

Die Gewerkschaftsbewegung war zumindest in ihrer vorherrschenden sozialdemokratischen Ausprägung der Theorie des Klassenkampfes verpflichtet. Den Klassenkampfgedanken nennt Goerdeler in seinem Artikel »Der Führergrundsatz in der Wirtschaft« von 1935 nicht nur fehlgeleitet, sondern »absurd« und einen ersonnenen »Phantasiekampf«, also ein Hirngespinnst, und gewissermaßen eine Perversion des notwendigen kämpferischen Geistes im Lebenskampf.⁶ »Die Seele des deutschen Menschen verlangt [...] Gerechtigkeit, Anstand, Beispiel. [...] In lauterer Charakterfestigkeit muss der Führergrundsatz in der deutschen Wirtschaft seinen Höhepunkt finden.«⁷ Ein gerechter Ausgleich sollte also nicht im Interessenkampf der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern, sondern dank des lautereren Charakters des Wirtschaftsführers erreicht werden.

Goerdeler wirkte beim Treffen der »Alten und der Jungen« im konservativen Widerstand im Januar 1943 auf einige Teilnehmer als reaktionär; nicht nur auf den jungen Moltke, sondern sogar auf Goerdelers Generationsgenossen Ulrich von Hassell, der selbst auf der äußersten rechten Flanke des Widerstandes verortet wird. Das dürfte auch an Goerdelers wirtschaftspolitischer Terminologie gelegen haben, die nach Manchester-Liberalismus schmeckte. Nach Feststellung der Gestapo kursierte innerhalb der Verschwörung die Auffassung, Goerdeler vertrete »überholte liberale Wirtschaftsauffassungen«. Insbesondere in den Gewerkschaften habe man ihn anfangs »wirtschafts- und sozialpolitisch für liberal-reaktionär« gehalten.⁸ Das könnte aber, so Mommsen, teilweise ein Missverständnis gewesen sein.⁹ Goerdelers Beharren auf der Freisetzung der Marktkräfte war immerhin zukunftsweisend insofern, als diese Doktrin in der Bundesrepublik unter Ludwig Ehrhard führend und erfolgreich wurde, ganz im Gegensatz zu manchen konservativ-patriarchalischen Elementen der Kreisauer Wirtschaftsphilosophie. Goerdeler stand der Freiburger Schule nahe, die der Wirtschaftsphilosophie der Bundesrepublik Pate stand.

6 Dokument 3.7, in: *Gillmann/Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe 1*, 2003, S. 404–410, hier S. 406.

7 Ebd., S. 410.

8 *Jacobsen* (Hrsg.), »Spiegelbild einer Verschwörung«, 1984, S. 205.

9 *Hans Mommsen*, Carl Friedrich Goerdeler im Widerstand gegen Hitler, in: *Gillmann/Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe 1*, 2003, S. XXXVII–LXXXV, hier S. LVI: »Seine manchesterlichen Formulierungen [boten] reichlich Anlass zu Missverständnissen.«

In diesem Zusammenhang mag verwundern, dass Goerdeler der »Deutschen Gewerkschaft« der Zukunft eine Machtfülle einräumte, von der weder die zersplitterten Gewerkschaftsbewegungen der Weimarer Republik noch der Deutsche Gewerkschaftsbund der Bundesrepublik zu träumen wagten: Zwangsmitgliedschaft aller Arbeiter und Angestellten, Souveränität über Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Diese Machtballung stieß Goerdelers konservativen Mitverschwörern Hassell und Popitz bitter auf.

Hat Goerdeler für den politikstrategischen Substanzgewinn einer Gewerkschaftsunterstützung die Substanz seiner konservativen Prinzipien geopfert? Goerdeler war, Philosophie hin oder her, als Verwaltungspraktiker mehr Pragmatiker als Ideologe. Er führte zwar viele konservative Prinzipien im Munde. Er war zum Beispiel Herzens-Monarchist, während sein Verbündeter Leuschner sich mit einer rein repräsentativen monarchischen Staatsspitze nur aus taktischen Gründen einverstanden erklärte, nämlich als Gegenleistung für Goerdelers Zugeständnisse. Goerdeler huldigte einer konservativen antiurbanen Kulturkritik und wollte eine Vergrößerung gesetzlich eindämmen, aber diese Stoßrichtung teilte er mit Kreisau und vielen anderen Regimekritikern. Goerdeler war gegen das parlamentarische System von Weimar gewesen und hatte Ermächtigungsgesetze für eine Systemreform gefordert. Aber dass der zersplitterte und handlungsunfähige Parlamentarismus der späten Weimarer Zeit überholt war, davon waren fast alle von rechts bis links überzeugt. Deshalb setzte Goerdeler noch jahrelang Hoffnungen auf das Hitlerregime, das aus seiner Sicht dem »Fluch des Parlamentarismus« ein Ende gemacht habe. Schon zwei Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte Goerdeler in einer Denkschrift für den Reichspräsidenten eine »Diktatur über Jahre hinaus« befürwortet, um das Reich von den Wunden des demokratischen Chaos zu heilen.¹⁰ »Diese autoritäre Staatsauffassung war charakteristisch für die zahlreichen Restaurationspläne, die in einer weitreichenden Rechtsorientierung des bürgerlichen Lagers ihren Nährboden fanden und die auf Grund der damit verbundenen Preisgabe von Demokratie und Parlamentarismus

10 Denkschrift für den Reichspräsidenten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 1931 und 1932, zit. nach *Michael Krüger-Charlé*, Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937, in: *Jürgen Schmäddeke/Peter Steinbach* (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München/Zürich 1985, S. 383–404, hier S. 385.

den Nationalsozialisten in die Hände spielten« (Krüger-Charlé).¹¹ Goerdelers fast schon pathologischer vernunftgläubiger Optimismus, der ihn als Nachfahren des deutschen Idealismus ausweist, ließ ihn bis 1944 hoffen, Hitler mit Argumenten in einer einzigen Aussprache zur Umkehr bewegen zu können.

Goerdelers politische Philosophie hat den Farbton eines deutschnationalen Konservatismus. Aber er war von den Erfahrungen in der Kommunalpolitik geprägt, in der »grundsätzliche ideologische Gegensätze und Parteikonflikte zurücktraten und dem Oberbürgermeister [...] großen Gestaltungsspielraum gaben.«¹² Goerdelers Position zur Gewerkschaftsfrage nach 1940 reflektierte weniger die eigene politische Philosophie als sein strategisches Bündnis mit dem Leuschnerkreis. Dennoch versuchte er, den eingegangenen Kompromiss mit seiner früheren Auffassung in Einklang zu bringen, die von einem beruflich gegliederten Kammer-system ausging.¹³ Ein wenig fremdelte er aber weiterhin mit der Sozialpolitik, die er durch den Begriff »Ausgleichspolitik« ersetzen wollte.¹⁴

Die Grundsätze in Goerdelers Programm atmen den Geist der patriarchalischen Volkserziehung zu Selbstverantwortung und Sparsamkeit. Es sei nicht Aufgabe der Versicherungen, dem »ringenden Menschen alle Risiken abzunehmen.« Er müsse aufgefordert sein, Lebensrisiken durch eigene Vorsorge abzusichern. Der »Tüchtige und Fleißige« werde sparen oder eine Zusatzversicherung abschließen. Der »Lässige, Faule oder Leichtsinnige lässt es darauf ankommen. Auch gut. Wenn nur jeder die Folgen seines Tuns selbst zu tragen hat und hierüber vollkommene Klarheit für alle besteht. Das ist die beste und einzig mögliche Vorsorge gegen Klassenhass.«¹⁵

In seiner Denkschrift für den Reichspräsidenten von 1932 schlug Goerdeler zur Überwindung der Wirtschaftskrise vor, die gewerkschaftlichen Tarifverträge als »Zwangsbewirtschaftung« der Arbeitskraft durch Notverordnung nach Art. 48 der Reichsverfassung für drei Jahre außer Kraft zu setzen. Ebenso die Zwangsbindungen der Wirtschaft wie Kartelle und Syndikate. Goerdeler betonte, seine

11 Ebd.

12 *Mommsen*, Carl Friedrich Goerdeler, 2003, S. XXXVIII.

13 Ebd., S. XLIX.

14 Ebd., S. LVI.

15 Dokument 6.1.1, in: *Sabine Gillmann/Hans Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*, Bd. 2, München 2003, S. 873–949, hier S. 914.

Vorschläge rührten nicht am Bestande der Gewerkschaften, im Gegenteil, sie würden eine größere Verantwortung und Berufung auf anderen Gebieten erhalten. Der deutsche Arbeiter sei »durch Zusammenfassung seiner Berufsinteressen in das soziale, politische und kulturelle Leben unseres Volkes mittragend und mitwirkend einzugliedern«. ¹⁶ Hier deutete sich Goerdelers spätere Linie an, die Gewerkschaften lohnpolitisch zu zähmen und sie durch Indienstnahme für Arbeitslosen- und Sozialversicherung zu einer »organischen« Lohnpolitik zu erziehen. Die Gewerkschaften werden dergleichen durchaus als an ihrem Bestande rührend empfunden haben.

Neun Jahre später, 1941, verfasste Goerdeler gemeinsam mit Beck den Zukunftsentwurf einer neuen Staatsverfassung, genannt »Das Ziel«. Darin kommt die Gewerkschaft nicht mehr oder noch nicht wieder vor. Es gibt sie ja auch seit acht Jahren nicht mehr. An ihre Stelle wollte Goerdeler »Gruppenorganisationen der Angestellten und Arbeiter mit Zwangsmitgliedschaft« im Sinne seines ständestaatlichen Konzeptes setzen. Die Deutsche Arbeitsfront, »ein unkontrolliertes Gebilde ohne klare Verantwortlichkeit«, soll liquidiert werden. ¹⁷ Den neuen Organisationen obliegt, so Goerdeler, »die organische Vertretung und Gestaltung der Interessen der Arbeiter und Angestellten. Diese sind so scharf und klar wie möglich von ihnen herauszuarbeiten. [...] Klarheit und Schärfe [führt] von selbst auf das organisch Erträgliches zurück.« Dies galt wohl auch für die Arbeitslosen- und Sozialversicherung, die »organischer« werden sollten, womit gemeint war: Sie sollten eine zurückhaltende Lohnpolitik führen. Hier ist eine quasi-gewerkschaftliche Interessenvertretung vorgezeichnet. Aber: »Streiks und Aussperrungen bleiben verboten. Sie sind und bleiben ein Missbrauch individueller Freiheit gegenüber dem Wohl des Ganzen.«

Wieder später: Unter dem Einfluss der Gewerkschaftsvertreter als Bündnispartner im Widerstand zeigte Goerdeler ein größeres Verständnis für die Belange der Arbeitnehmer, denen er nun auch zugestehen wollte, dass sie eigene wirtschaftliche Unternehmungen genossenschaftlich betreiben könnten. Daniela Rütter schreibt: Goerdelers »Forderung nach einer sozial gerechten Ordnung, die sonst

¹⁶ Dokument 3.2, in: *Gillmann/ Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe* 1, 2003, S. 313–330, hier S. 318 f.

¹⁷ Dokument 6.1.1, 2003, S. 905.

ausschließlich im Sinne des konservativen Gerechtigkeitsbegriffs, *suum cuique* [Jedem das Seine] stand, bekam einen anderen Klang, als Goerdeler [gegen Kriegsende] vorsah, dass die Gewinne gerecht zwischen Kapital und Belegschaft zu verteilen seien und dass der größere Teil den leistenden Menschen gebühre.¹⁸

Trotz seines Bündnisses mit der Gewerkschaftsbewegung im Widerstand hielt Goerdeler an volkswirtschaftlichen Grundsätzen fest, die keinesfalls die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätten. Noch in seiner Lebensbilanz »Gedanken eines zum Tode Verurteilten über die deutsche Zukunft« erklärt er im September 1944: »Nach dem [Ersten Welt-]Kriege herrschte die marxistische Theorie vom 8-Studentag und hohem Lohn. [...] Bei Arbeitslosigkeit gibt es nur ein schnell helfendes Mittel: Löhne senken und, damit keine Not aufkommt, Arbeitszeit erhöhen. Dann kommt billigere Arbeitskraft auf den Markt und findet Absatz.« Deshalb müssten die Beteiligten der betroffenen Wirtschaftsgruppe, Unternehmer und Arbeiter, »die Unterstützung Arbeitsloser [selbst] tragen, damit sie zur Überlegung und zum rechten Tun gezwungen werden.«¹⁹

In seinem »Rechenschaftsbericht« vom Januar 1945 spricht er von »den im Zeitalter der Arbeitsteilung und Kapitalzusammenballung geradezu unentbehrlichen Funktionen einer Gewerkschaft.«²⁰ Wenig später heißt es aber, die Gewerkschaften hätten sich das Nichtwissen und die seelische Stimmung der Arbeiter zunutze gemacht, »um im Trüben zu fischen.«²¹

Versuchen wir eine Bilanz: Goerdeler konnte sich mit der sozialdemokratischen Konzeption einer Gewerkschaft nach dem Bilde Leuschners nie wirklich anfreunden. In seiner Konzeption sollten die Arbeiter in eine berufsständische Organisation eingebunden sein und durch seine ihm am Herzen liegende »Wirtschafts-fibel« zu zurückhaltender wirtschaftlicher Vernunft erzogen werden, für Unvernunft aber durch Belastungen mit der Arbeitslosenhilfe bestraft werden. Goerdeler war aber Realist und Politiker genug, um zu erkennen, dass er ohne Leuschners Netz-

18 Daniela Rütger, *Der Widerstand des 20. Juli und die Soziale Marktwirtschaft*, Paderborn u. a. 2002, S. 372.

19 Dokument 7.2.1, in: *Gillmann/ Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe 2*, 2003, S. 1148–1189, hier S. 1168.

20 Dokument 7.2.6, in: *Gillmann/ Mommsen* (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe 2*, 2003, S. 1202–1235, hier S. 1203.

21 Ebd., S. 1205.

werk ehemaliger Gewerkschafter mit seiner Widerstandsregierung aus Honorationen und Militärs in der Luft hängen würde. Deshalb schluckte er die Kröte einer geradezu übermächtigen Einheitsgewerkschaft, deren Tradition er als problematisch und marxistisch empfand.

Aber den großen Teufel Hitler konnte man vielleicht am ehesten mit diesem kleinen Beelzebub austreiben.

Auswahl Literatur

Beier, Gerhard, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften, in: *Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen* (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945*, Berlin/Bonn 1982, S. 25–50.

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, Bd. 1, Stuttgart 1984.

Dr. jur. Ekkehard Klaus

Privatdozent für Soziologie, Regierungsdirektor in der Senatskanzlei a. D., ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der FU Berlin. Hauptinteressengebiet: Konservativer Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Publikationen aus dem Archiv der sozialen Demokratie

Michael Schwartz: Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 19), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20257.pdf>

Jacob Hirsch (Hrsg.): Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung. Porträts – Debatten – Motive (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 18), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20398.pdf>

Annabel Walz/Andreas Marquet (Hrsg.): Sicher sichern? Social Media-Archivierung aus rechtlicher Perspektive im Archiv der sozialen Demokratie (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 17), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/19590.pdf>

Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.): Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 16), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/19674.pdf>

Anja Kruke/Ann Kathrine Maier (Hrsg.): Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022.

Peter Beule (Hrsg.): Demokratie erlebbar machen – aber wie? Die Frankfurter Paulskirche und das »Haus der Demokratie« als Herausforderung und Chance (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 14), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/18943.pdf>

Peter Beule (Hrsg.): Gutes Klima – gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/17202.pdf>

Peter Beule (Hrsg.): Smart work!?! Mitbestimmung im digitalen Zeitalter (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/16466.pdf>

Michael Schneider: Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, Bonn: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2021 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17568.pdf>

Nora Thorade: Vernetzte Produktion. Computer Integrated Manufacturing (CIM) als Vorgeschichte von Industrie 4.0, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17116.pdf>

Stefan Müller: Die Spanische Grippe. Wahrnehmung und Deutung einer Jahrhundertpandemie im Spiegel der sozialdemokratischen Presse (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 12), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17115.pdf>

Die Reihe *Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie* ersetzt vormals bestehende Reihen und bündelt alle Publikationen, die im AdsD selbst und aus Kooperationen heraus entstehen (Eigenpublikationen, editierte Quellen, Veranstaltungsdokumentationen, beauftragte Studien u.v.m.). Neben den Beiträgen gibt das AdsD noch den *FEShistory Impuls* heraus, der einen beratenden Charakter aus historisch-politischer Perspektive hat.

Gedruckte Exemplare können Sie, soweit vorrätig, kostenlos bei uns bestellen:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie
Godesberger Allee 149
52175 Bonn
Tel.: +49 228 883 8026
E-Mail: public.history@fes.de

